



FRANKFURT magazin

- 4 OB-Wahl am 28. Januar 2007
- 9 Kreisparteitag
- 21 Fraktionsklausur zum Etat 2007
- 23 Frankfurter Programm Würde im Alter



Frankfurt erhält seinen historischen Kern zurück

18



Bildungspolitik in Frankfurt am Main

22



»Auf ein erfolgreiches Jahr 2007 für unsere Stadt Frankfurt am Main«

Nr. 4 Dezember 2006

FRANKFURTmagazin

Titelbilder:
McCann, dpa, dh

Editorial	3
Thema	
Oberbürgermeisterwahl am 28. Januar 2007	4
Aus der Partei	
Kreisparteitag: Petra Roth als Kandidatin nominiert	9
Ein spontaner Besuch von Oberbürgermeisterin Petra Roth	11
Stadtrat Boris Rhein informierte über die Sicherheit in Frankfurt	11
Schwarz-Grün zieht Startbilanz	12
Der Umbau des Sachsenhäuser Straßenbahndepots	12
Martinskaffee mit Oberbürgermeisterin Petra Roth	13
Das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands	13
Senioren Union: Altern, Alternstheorien und Alternsmodelle	14
CDA: Dr. Matthias Zimmer erneut als Vorsitzender bestätigt	14
JU: »Was tun gegen die geistigen Brandstifter – Islamismus in Deutschland«	15
MIT: Frühstücksmeeting mit Prof. Dr. Heinz Riesenhuber	15
Über das Gelingen des Integrationsprozesses	16
Die Energiepolitik als Wirtschaftsmotor	16
Vortrag: Warum Jungen nicht mehr lesen ...	17
EAK: Christliche Werte – Bremse oder Motor?	17
Aus der Fraktion	
Frankfurt erhält seinen historischen Kern zurück	18
Kompromiss für die Großmarkthalle	19
Höchst vital!	20
Im Bahnhofsviertel beginnt eine Erfolgsstory	20
Mahnung zur Haushaltsdisziplin	21
Kreativität und Kompetenz sind der Schlüssel zur Zukunft	22
»Frankfurter Programm Würde im Alter«	23
Frankfurt fördert Spitzen- und Breitensport gleichermaßen	24
Vom »Spanischen System« und dem Parken im Regal	25
Tram-Trasse für die Ringlinie	25
Zehn Jahre Präventionsrat in Frankfurt am Main	26
Ordnung und Sicherheit auf der ganzen Linie	27
Der Freiwillige Polizeidienst nimmt Gestalt an	27
Neue Grüße aus Moskau	28
Ein Toast auf die gelebte Partnerschaft	28
Poesie unter Platanen	29
Auf dem höchsten Punkt des Grüngürtels	29
Es bewegt sich was in der Nordweststadt!	30
Nachruf: zum Tode von Stadtrat Dr. Albrecht Magen (1929–2006)	31
Anträge	32
Pressearbeit: Franz Frey ist ein unglaublicher Zöllner	33
Social Day: mit Säge und Schaufel ans Werk	34
Frankfurter Horizonte: Brauchen wir einen neuen Feminismus?	34
Magazin fragt – Petra Roth antwortet	35

FRANKFURTER HORIZONTE

Thema:

**Jung, reich und schön?
Senioren zwischen Jugendwahn und Altersängsten**



Podiumsdiskussion mit: Oberbürgermeisterin Petra Roth, Carsten Petersen (Leiter Ev. Verein für Innere Mission), Anke Mansky (Sen-Se e. V.), Georg Nicolay (Gemeinschaft Deutsche Altenhilfe), Dr. Jörg Tremmel (Stiftung für die Rechte der jungen Generation) und Andreas Esche (Bertelsmannstiftung)

Moderation: Katrin Müller-Walde (ZDF)

Zeit: Montag, 15. Januar 2007, 14.30–16.30 Uhr

Ort: GDA-Wohnstift am Zoo (Gr. Saal), Waldschmidtstr. 6

Anmeldung erbeten unter:

▶▶ info@cdu-fraktion.frankfurt.de
oder Tel. (069) 13 87 280

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 15 30 99-0
▶▶ cdufrankfurtmain@t-online.de
▶▶ www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel. (069) 13 87 28-0
▶▶ info@cdu-fraktion.frankfurt.de
▶▶ www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:
Thomas Feda (tf) (v. i. S. d. P. für Parteiteil),
Wolfram Roos (wr),
Joachim Rotberg (jr) (v. i. S. d. P. für Fraktionsteil)

Freie Autoren:
Hella Welker (hw), Katrin Müller-Walde (mw),
Andreas Mengelkamp (am), Charlotte Schmidt-Imhoff (cs),
Wolff Holtz (wh), Michael Reiß (mr), Christof Warnke (cw),
Dr. Matthias Zimmer (mz), Dr. Karsten Meyerhoff (km),
Markus Hopmann (mh), Richard Hackenberg (rh),
Alexander Zollmann (az)

Konzept, Grafik und Produktion:
DigitalAgentur mpm
Tel. (06131) 95 69-20
▶▶ www.digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 14. Februar 2007



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das Weihnachtsfest steht bevor: das Fest der Familie, der Freunde und des Friedens. Es ist die Zeit, die geprägt ist von Hoffnungen, Erwartungen und Wünschen.

Ein ereignisreiches Jahr liegt wieder hinter uns: Nach einem anstrengenden, aber erfolgreichen Kommunalwahlkampf haben wir mit der schwarz-grünen Koalition und der aktiven Beteiligung der FDP am Magistratsgeschehen endlich klare und verlässliche Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung schaffen können. Die ersten wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt konnten getroffen werden: Freiwilliger Polizeidienst, Gewerbesteuersenkung und die Sanierung von Schulbauten. Die stadtpolitische 100-Tages-Bilanz im November und auch die begonnenen Haushaltsberatungen haben deutlich gezeigt: Die Koalition arbeitet erfolgreich und verlässlich, das Koalitionsklima ist geprägt von gegenseitigem Vertrauen und einer pragmatischen Arbeitspolitik.

Ein wichtiger und entscheidender Wahlkampf für die Zukunft unserer Stadt liegt jetzt vor uns: Die Oberbürgermeisterwahl am 28. Januar 2007. Wer an der Spitze des Magistrats steht, ist entscheidend dafür, wie es politisch in den nächsten Jahren weitergeht. Oberbürgermeisterin Petra Roth steht seit 1995 an der Spitze unserer Stadt. Sie engagiert sich sowohl in wirtschaftlichen als auch sozialen Fragen. Sie ist von ganzem Herzen Frankfurterin. Petra Roth kennt ihre Stadt, die Stadtteile und ihre Bürgerinnen und Bürger. Ihr liegen die Belange der Wirtschaft, des Mittelstandes und Handwerks ebenso am Herzen wie die der Familien, Vereine und des Ehrenamtes. Mit ihrer Wiederwahl könnten wir die Koalition langfristig stabilisieren und die CDU als führende Partei in Frankfurt positionieren.

Wir brauchen Oberbürgermeisterin Petra Roth für Frankfurt und für die Frankfurter CDU. Deshalb wollen wir, dass Petra Roth wieder gewählt wird. Dafür wird sich die Frankfurter CDU einsetzen und einen engagierten Wahlkampf führen.

An dieser Stelle danken wir allen Freunden, die sich im Kommunalwahlkampf unermüdlich für unsere Partei eingesetzt haben und sich im Oberbürgermeisterwahlkampf erneut bei Wind und Wetter einsetzen werden.

Bei allem ehrenamtlichen Engagement sind Wahlkämpfe aber auch teuer. Deshalb bedanken wir uns an dieser Stelle auch ausdrücklich bei unseren Mitgliedern und Spendern, ohne deren – nicht unbedingt selbstverständliche – finanzielle Unterstützung die Partei nicht in der Lage gewesen wäre, einen kostenintensiven Kommunalwahlkampf zu führen und sich gleichzeitig auf den Oberbürgermeisterwahlkampf vorzubereiten. Wir hoffen, dass wir auch künftig auf Sie zählen können!

Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes, friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien und Freunde, ein fröhliches Silvester und uns allen ein gutes neues Jahr 2007!

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich,

Ihre

Udo Corts MdL,
Kreisvorsitzender

Markus Frank,
Fraktionsvorsitzender





Oberbürgermeisterwahl am 28. Januar 2007

»Wie ich mich für Frankfurt weiter einsetzen werde«

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 28. Januar 2007 wählen Sie Ihr Stadtoberhaupt. Damit entscheiden Sie gleichzeitig über die Zukunft unserer Stadt.

Ich stelle mich erneut zur Wahl für das Amt der Oberbürgermeisterin. Denn ich kann zurückblicken auf eine Erfolgsbilanz aus zwölf Jahren im Dienste aller Frankfurterinnen und Frankfurter. Diese Politik möchte ich mit meinem Programm für Frankfurt in den nächsten sechs Jahren fortsetzen.

Wir haben viel getan; vieles bleibt aber noch zu tun. Um diese Aufgaben weiter in Angriff nehmen zu können, bitte ich um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme.

- Petra Roth wurde am 9. Mai 1944 geboren. Sie ist verwitwet und hat zwei Söhne.
- Nach Abschluss des Gymnasiums mit der Mittleren Reife besuchte sie die Höhere Handelsschule.
- Seit 1972 ist Petra Roth CDU-Mitglied.
- Von 1973 bis 1988 übte sie das Amt einer Sozialbezirksvorsteherin aus.
- 1977–1989 und 1993–1995 war Petra Roth Frankfurter Stadtverordnete; in dieser Zeit engagierte sie sich unter anderem als Vorsitzende des Sportausschusses und war Stadtverordnetenvorsteherin.
- Von 1987 bis 1995 war sie Mitglied des Hessischen Landtags. Sie war auch wohnungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und gewann dreimal ihren Wahlkreis.
- Seit 1997 wirkte sie insgesamt fünf Jahre als Präsidentin des Deutschen Städtetags.
- 1995 wurde Petra Roth zur Frankfurter Oberbürgermeisterin gewählt. 2001 erfolgte ihre Wiederwahl.

Frankfurt – die Familienstadt

»Als Mutter zweier erwachsener Söhne weiß ich, wie sehr Familien Unterstützung brauchen. Ich will Frankfurt zu Deutschlands Familienstadt Nr. 1 weiterentwickeln.«

- ✓ Wir haben ein Bündnis für Familien geschaffen.
- ✓ Wir haben erreicht, dass das letzte Jahr in unseren Kindergärten beitragsfrei ist.
- ✓ Wir haben es durch ein günstigeres Erbbaurecht Familien erleichtert, Wohneigentum zu erwerben.
- ✗ Ich will die kommunale Wohnungsbauförderung aufstocken, um mehr familiengerechte Wohnungen zu schaffen.
- ✗ Ich will die Zahl der Ganztagschulen, Kindergärten und Krippenplätze weiter erhöhen, damit Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind.
- ✗ Ich will dafür sorgen, dass in Neubaugebieten eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Kinder und Jugendliche entsteht.



Frankfurt – die Bildungsstadt

»Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie wichtig lebenslanges Lernen ist. Deshalb will ich, dass wir in Frankfurt beste Schulen und Bildungseinrichtungen bereitstellen.«

- ✓ Wir haben die Renovierung der Schulen vorangetrieben und damit unseren Kindern ein anregendes und gesundes Lernumfeld gegeben.
- ✓ Wir haben mehr Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige zur Förderung der frühkindlichen Bildung geschaffen.
- ✓ Wir haben internationale Schulen in Frankfurt angesiedelt.
- ✗ Ich will Ganztagsangebote ausbauen und die Ausstattung unserer Schulen weiter verbessern.
- ✗ Ich will unsere Hauptschulen durch ganztägige Angebote und Schulsozialarbeit in besonderem Maße fördern.
- ✗ Ich will vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund das Angebot an gezielten Qualifikationsmaßnahmen erweitern.



Frankfurt – der Wirtschaftsstandort

»Aus meinen vielen Kontakten mit Unternehmen weiß ich, wie wichtig die Infrastruktur für unsere Wirtschaft ist. Darum will ich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter ausbauen.«

- ✓ Wir haben die Grundlagen für den notwendigen Ausbau des Frankfurter Flughafens geschaffen.
- ✓ Wir haben die Gewerbesteuer gesenkt, um den Mittelstand zu entlasten und Anreize für Investitionen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- ✓ Wir haben mehr Parkraum geschaffen und damit Frankfurt als Einkaufsstadt noch attraktiver gemacht.
- ✗ Ich will ein Investitionsprogramm zur Bauunterhaltung unserer Schulen auflegen, das auch kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute kommt.
- ✗ Ich will durch »Verwaltungslotsen« die Betreuung unserer Unternehmen verbessern.
- ✗ Ich will die Ansiedlung moderner Technologien fördern, sei es im Medien- und Kommunikationsbereich oder in der Umwelt- und Biotechnologiebranche.



Frankfurt – die sichere und saubere Stadt

»Nur in einer sicheren und sauberen Stadt ist man zu Hause. Und wie jeder Frankfurter will ich eine Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen.«

- ✓ Wir haben durch die Schaffung des Präventionsrats und mit der Kampagne »Gewalt – Sehen – Helfen« einen neuen und erfolgreichen Weg in der kommunalen Sicherheitspolitik eingeschlagen.
- ✓ Wir haben Graffiti-Schmierereien zurückgedrängt und dafür gesorgt, dass die Stadt sauberer geworden ist.
- ✓ Wir haben erreicht, dass das erfolgreiche Modell der Ortsdiener eigenständig fortgeführt wird.
- ✗ Ich will durch Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes mehr Sicherheit vor allem in den äußeren Stadtteilen schaffen.
- ✗ Ich will die Freiwilligen Feuerwehren, Hilfs- und Rettungsdienste so ausstatten, dass sie ihren Auftrag auch in Zukunft erfüllen können.
- ✗ Ich will unsere Stadt durch den Einsatz von Video-Überwachung noch sicherer machen.





Frankfurt – die soziale Stadt

»Als langjährige Sozialpolitikerin weiß ich, dass eine Stadt ohne Solidarität nicht lebensfähig ist. Deshalb will ich Frankfurt als soziale Stadt gestalten.«

- ✓ Wir haben die Bedingungen für die ambulante Pflege verbessert.
- ✓ Wir haben mit den »Frankfurt-Jobs« Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive gegeben.
- ✓ Wir haben durch unsere innovative Suchthilfepolitik dafür gesorgt, dass die Anzahl der Drogendelikte deutlich zurückgegangen ist.
- ✗ Ich will, dass sich die Stadt noch stärker im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit engagiert.
- ✗ Ich will, dass das selbstbestimmte Leben im Alter in allen Formen gefördert und unterstützt wird, auch das generationenübergreifende Leben und Wohnen.
- ✗ Ich will, dass städtische Gebäude und Einrichtungen auch behinderten- und kindgerecht sind.

Frankfurt – die Kultur- und Freizeitstadt

»Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit, auch nicht für mich. Deshalb genieße ich die Vielfalt der Kultur- und Freizeitangebote hier in Frankfurt.«

- ✓ Wir haben die Weichen gestellt für die Wiederherstellung des Gesellschaftshauses im Palmengarten.
- ✓ Wir haben die Buchmesse für Frankfurt gesichert.
- ✓ Wir haben unsere kulturellen Einrichtungen auf international wettbewerbsfähigem Niveau stabilisiert und profiliert.
- ✗ Ich will, dass das Gebäude des Historischen Museums durch ein zur Altstadt passendes Bauwerk ersetzt wird.
- ✗ Ich will das Museum für Weltkulturen weiterentwickeln.
- ✗ Ich will die Bürgerhäuser, die allen Frankfurtern offen stehen, fördern.



Frankfurt – die moderne Metropole

»Immer wieder fasziniert mich, wie modern und lebendig unsere Stadt ist. Deshalb will ich, dass Frankfurt seine internationale Attraktivität weiter ausbaut.«

- ✓ Wir haben mit dem Riedberg, dem Westhafen, dem Frankfurter Bogen und dem Deutschherrnviertel neue Stadtteile mit Leben gefüllt.
- ✓ Wir haben unsere Stadt durch ein innovatives Beleuchtungskonzept, zum Beispiel am Mainufer, neu erlebbar gemacht.
- ✓ Wir haben den Weg für den neuen Sitz der Europäischen Zentralbank im Ostend bereitet.
- ✗ Ich will, dass mit dem Europaviertel ein neues Stadtviertel auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs zügig entsteht und dass Europaviertel und Riedberg an das Stadtbahnnetz angebunden werden.
- ✗ Ich will die Innenstadt von der Hauptwache bis zur Konstablerwache aufwerten.
- ✗ Ich will Wohnquartiere durch den Bau von Umgehungsstraßen vom Durchgangsverkehr entlasten.



Frankfurt – unsere Heimat

»Als Frankfurterin weiß ich, dass Heimat mehr ist als nur ein Wort. Deshalb will ich, dass die Stadt den Menschen ein lebens- und liebenswertes Zuhause ist.«

- ✓ Wir haben intensiv unsere Vereine gefördert und die Mittel für die Jugendarbeit erhöht.
- ✓ Wir haben den Grüngürtel und die Uferpromenade am Main aufgewertet und erweitert.
- ✓ Wir haben die Stadtteile unterstützt, ihre spezifische Eigenart zu erhalten.
- ✗ Ich will, dass zwischen Dom und Römer ein gemischtes, kleinteiliges und lebendiges Quartier entsteht, in dem auch bedeutsame historische Gebäude rekonstruiert werden.
- ✗ Ich will, dass die Frankfurter Traditionsfeste gefördert und gesichert werden.
- ✗ Ich will, dass Frankfurt eine weltoffene, tolerante Stadt bleibt – ein Vorbild für das friedliche Zusammenleben der Kulturen.



Petra Roth als Kandidatin nominiert

Auf dem Nominierungsparteitag der Frankfurter CDU für die Oberbürgermeisterwahl 2007 wurden die entscheidenden Weichen für die politische Zukunft der Stadt Frankfurt am Main gestellt: Oberbürgermeisterin Petra Roth wurde von den Delegierten erneut zur Kandidatin gewählt, und zwar mit einer überwältigenden Mehrheit von 94 Prozent.

Wollte man den Nominierungsparteitag vom 8. November 2006 im Saalbau Bürgerhaus Bornheim mit einem einzigen Satz beschreiben, so müsste man in der Tat schreiben: »Sie kam, sah, (sprach) und siegte.« Zwar hat es bei den Delegierten keinen Zweifel daran geben, dass die amtierende Oberbürgermeisterin erneut als Kandidatin der Frankfurter CDU und damit für eine dritte Amtszeit nominiert wird. Dessen ungeachtet waren viele Delegierte begeistert, mit welcher Energie und mit welchem Siegeswillen sie für ihre Kandidatur warb.

Ebenso vermochte Roth den Anwesenden eindrucksvoll klarzumachen, für welche Politik sie steht – und welche Politik auch in Zukunft von ihr zu erwarten ist:

»So hart es klingt: Man wird nicht für Vergangenes gewählt. Die Wählerinnen und Wähler wollen wissen, was ich in der Zukunft leisten will und werde.« In einer engagierten Rede sprach Petra Roth zunächst über das städtebaulich zentrale Thema der Altstadtbebauung. So machte sie deutlich, dass ihr die Bebauung nicht nur ein Herzensanliegen ist. Ebenso verfügt Oberbürgermeisterin Roth schon über äußerst konkrete Vorstellungen im Hinblick auf die vor allem bürgerfreundliche Nutzung des neuen Innenstadtareals: Vor dem Hintergrund eines Berichts des Frankfurter Magistrats plädierte sie für eine Bebauung, die durch eine partielle Mischung von historischen und modernen Stilelementen geprägt werden

In der Bildmitte: Oberbürgermeisterin Petra Roth, umgeben vom Führungsteam der Frankfurter CDU, nach ihrer eindrucksvollen Wahl zur Kandidatin.



Bild: Weis

Die politische Zukunft Frankfurts fest im Blick. Mit ihrer engagierten Rede beeindruckte Oberbürgermeisterin Petra Roth den Parteitag.



Bild: Weis

soll. Innerhalb der Baufelder müssten nach Roth 30 in Erbpacht zu errichtende Häuser entstehen, wobei es ein maßgebliches Ziel sei, den historischen Grundriss wieder herzustellen. Zudem forderte Roth den weitestgehend kompletten Neubau von historisch wertvollen Gebäuden – der »Goldenen Waage«, dem »Goldenen Lämmchen«, dem »Haus Tante Melber« sowie dem »Roten Haus« –, der ausschließlich aus städtischen Mitteln zu finanzieren sei. Es müsste den Bürgerinnen und Bürgern deutlich vermittelt werden, dass »die Altstadt Eigentum aller Frankfurter ist«. Der zweite Schwerpunkt in der Rede der Oberbürgermeisterin wurde durch das Thema Bildung gesetzt. Hierbei machte Roth ebenfalls deutlich, dass sie wie bisher engagiert dafür eintrete, dass alle Frankfurter Jugendlichen einen Schul-

abschluss sowie einen Ausbildungsplatz erhalten. Unter ihrer Regierung werde die schwarz-grüne Koalition dafür Sorge tragen, dass etwa das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei wird. Abschließend legte Oberbürgermeisterin Roth in einem dritten Schwerpunkt ihrer Rede die Ziele ihrer Wirtschaftspolitik dar. Die erst vor kurzem beschlossene Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 30 auf 460 Prozentpunkte sei ein sichtbares Zeichen der langfristigen und soliden Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Aus eigener Erfahrung – etwa bei erfolgreichen Besuchen von potenziellen Investoren in Asien – könne sie jedoch auch berichten, dass im internationalen Wettstreit der Wirtschaftsstandorte auch persönliches Fingerspitzengefühl und strategisches Handeln gefragt sei. (tf)



Bild: Fedda

Petra Roth (Bildmitte) beim Straßenwahlkampf. An ihrer Seite Markus Frank, Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth (v.l.). Rechts im Bild: Udo Corts, Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU und Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst.



Bild: Fedda

Oberbürgermeisterin Petra Roth (Bildmitte) mit ihren Dezernenten auf einer Stadtkonferenz der Frankfurter CDU. Im Rahmen von zwei Stadtkonferenzen hatten CDU-Mitglieder die Möglichkeit, mit »ihren Regierungsvertretern« persönlich über alle Themen der Stadtpolitik zu diskutieren.

CDU Rödelheim/Hausen

Ein spontaner Besuch von Oberbürgermeisterin Petra Roth



Rechts im Bild: Oberbürgermeisterin Roth im Gespräch mit der CDU Rödelheim. Mit dabei Alexander Zollmann, Vorsitzender der CDU Rödelheim/Hausen (2.v.r.).

Eigentlich wollte an diesem Abend der Stadtverordnete Thomas Kirchner, integrationspolitischer Sprecher der CDU-Stadtverordnetenfraktion, einen Vortrag über das Thema »Die Integrationspolitik der Frankfurter CDU« halten, als Oberbürgermeisterin Petra Roth in den Adria-Saal der Gaststätte »Zum Goldenen Löwen« eintrat. So überrascht und erfreut der Referent und die zahlreichen Freunde und Mitglieder der CDU Rödelheim/Hausen auch waren, so schnell waren sich alle einig: Dies ist eine einmalige Chance, die genutzt werden muss, um mit der Oberbürgermeisterin über die Politik und Probleme vor Ort zu sprechen. Und tatsächlich widmete sich die kurzerhand in den Mittelpunkt gestellte Oberbürgermeisterin intensiv den verschiedenen Themen und Herausforderungen des Stadtteils. Der Vorsitzende der Rödelheimer CDU, Alexander Zollmann, stellte schließlich fest, dass solche spontanen Besuche die beste Art der Einstimmung auf die heiße Phase des Wahlkampfes seien. Doch nicht nur die Rödelheimer waren beeindruckt vom Detailwissen der Oberbürgermeisterin. Auch die anwesenden Parteifreunde aus dem Gallus zeigten sich sichtlich begeistert. (az)

CDU Bergen-Enkheim

Stadtrat Boris Rhein informierte über die Sicherheit in Frankfurt

Es war sein erster offizieller Besuch bei der CDU Bergen-Enkheim, seit er das neue Amt übernommen hat und er bekam gleich großen Zuspruch: Boris Rhein, der neue Frankfurter Stadtrat für Ordnung, Recht, Feuerwehr und Personal, kam in den Frankfurter Nordosten, um sein Sicherheitskonzept vorzustellen und vor allem den Freiwilligen Polizeidienst zu erläutern. Der rege Zuspruch der Teilnehmer spiegelte dabei das Interesse der Bevölkerung wider, wichtige sicherheitspolitische Informationen und Einschätzungen aus erster Hand zu erfahren.

Stadtrat Rhein, der bis zur seiner Wahl zum Frankfurter Dezernenten Landtagsabgeordneter war und in dieser Funktion das Gesetz über den Freiwilligen Polizei-

dienst mit auf den Weg gebracht hatte, legte vor allem den Dreiklang der Polizeikräfte dar. So werde die staatliche Polizei, also die Landespolizei, durch den Freiwilligen Polizeidienst nicht tangiert. Die Landespolizei bleibe vor Ort, und zwar ohne Personalabbau. Die »Städtische Polizei«, also der Sicherheits- und Ordnungsdienst der Stadt Frankfurt am Main, solle zukünftig unter seiner Leitung deutlich mehr Präsenz in der Stadtteilen zeigen. Hier sollen, so Rhein, sogar zusätzliche neue Stellen geschaffen werden. Hinzu komme dann der Freiwillige Polizeidienst, vor allem in der Funktion als Präventionshelfer. So soll der Freiwillige Polizeidienst auch den Präventionsrat ergänzen, der unter dem Motto »Gewalt – Sehen – Helfen« schon

lange aktiv und der Bevölkerung gut bekannt sei. Dezernent Rhein versicherte den Zuhörern, dass der Freiwillige Polizeidienst nicht in Brennpunkten eingesetzt würde. (mr)



Markus Graff, Vorsitzender der CDU Bergen-Enkheim, mit der Stadtverordneten Anne Bender und Stadtrat Boris Rhein (v.l.).



Christian Falk, Vorsitzender CDU Nordend, Rainer Krug (CDU Nordend), Stadtrat Uwe Becker, Stadtverordneter Jochem Heumann, Arndt Koeppen, Vorsitzender der CDU Bornheim, und Dr. Ernst Gerhardt, Ehrenvorsitzender der Frankfurter CDU (v.l.).

Eine positive Startbilanz der schwarz-grünen Koalition im Römer zogen Stadtrat Uwe Becker und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion Jochem Heumann bei einer Informationsveranstaltung im Saalbau Bornheim. Hierher hatte die CDU Nordend gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden Bornheim und Ostend eingeladen. Im Rahmen

CDU Bornheim/Nordend/Ostend Schwarz-Grün zieht Startbilanz

ihrer Ausführungen über die ersten Erfahrungen mit der Koalition berichtete Stadtrat Becker, Dezernent für Soziales und Sport, zunächst über die Koalitionsgespräche und das Zustandekommen des Koalitionsvertrages. Beide Politiker machten dabei deutlich, dass der Koalitionsvertrag mit den Frankfurter Grünen allen Beteiligten zwar Kompromisse abverlangt hätte. Gleichzeitig sei jedoch zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger wieder Bewegung in die Frankfurter Kommunalpolitik gekommen. Konkret nannte Heumann die bereits umgesetzten Vereinbarungen über die Gewerbesteuer, den Ausbau des freiwilligen Polizeidienstes und das beitrags-

freie letzte Kindergartenjahr. In Frankfurt habe sich schon lange nicht mehr so viel innerhalb eines so kurzen Zeitraums bewegt. Auch Becker lobte das gute Klima in der Koalition und stellte fest, dass mit den Grünen ein Partner hätte gewonnen werden können, der ebenso wie die CDU Frankfurt die Stadt voranbringen wolle. Insbesondere bei der Altstadtsanierung hätten die Ideen der CDU Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Kleinteiligkeit der Bauten und die Schaffung eines lebendigen Quartiers mit Wohnungen, Läden und Lokalen seien Bestandteil der auch sonst pragmatischen schwarz-grünen Einigkeit. (rh)

CDU Frankfurt-Sachsenhausen

Der Umbau des Sachsenhäuser Straßenbahndepots

Für Jochem Heumann, den Vorsitzenden der CDU Frankfurt-Sachsenhausen, stand schon vor der Informationsveranstaltung über den Umbau des Sachsenhäuser Straßenbahndepots fest: Durch die anstehenden Baumaßnahmen wird nicht weniger als eine neue »Mitte« Sachsenhausens entstehen. Die eigentliche Bedeutung der Umbauarbeiten und der neuen Bebauung des Straßenbahndepots, so der Planungspolitiker, erschließe sich erst dann in vollem Ausmaß, wenn man erkenne, dass das Sachsenhäuser Depot genau zwischen dem Lokalbahnhof und der Sachsenhäuser Flaniermeile, der Schweizer Straße, liege. Tatsächlich sind die Ausmaße des für Sachsenhausen wichtigen Bauprojekts beeindruckend. Joachim Stiller, der für den Depotumbau verantwortliche Projektentwickler, machte während seiner Erläuterungen der unterschiedlichen Bauvorhaben deutlich, dass im Rahmen der Hochbauarbeiten, die im April 2007 begonnen werden sollen, Büros für die Frankfurter Rundschau, eine neue Stadtteilbücherei, ein 1.800 Quadratmeter umfassender Supermarkt sowie ein Großkontingent an Wohnungen errichtet würden. Für Heumann war es jedoch ebenso wichtig auf einen Umstand hinzuweisen, dass mit über 80.000 zu beherbergenden Büchern in der geplanten Stadtteilbibliothek ein neues Sachsenhäuser Bildungszentrum entsteht. (wr)



Eine neue Mitte Sachsenhausens nimmt Gestalt an: Das Modell für den Umbau des Sachsenhäuser Straßenbahndepots.



Bild: Meyerhoff

Oberbürgermeisterin Roth (Bildmitte) mit Ursula Plahusch (3.v.l.) und Christof Warnke (rechts vorne sitzend).

CDU Eckenheim

Martinskaffee mit Oberbürgermeisterin Petra Roth

Nicht selten gelingt es den Frankfurter Stadtbezirksverbänden, landes- und sogar bundespolitische Prominenz für Veranstaltungen zu gewinnen. Zudem gelingt es den Stadtbezirksverbänden immer wieder, mit Veranstaltungen auf sich aufmerksam zu machen. Als ein Beleg für dieses Erfolgsrezept politischer Arbeit kann der Besuch der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth beim diesjährigen Martinskaffee der CDU Eckenheim gelten. Petra Roth ist als Oberbürgermeisterin in ganz Deutschland bekannt und ließ es sich nicht nehmen, als »Erlenbacherin« einmal mehr mit ihren »Eckenheimern« – unter ihnen u. a. auch Erika Steinbach MdB und Gudrun Osterburg MdL – zu feiern: Die Teilnehmer fühlten sich umsorgt, wurden gut unterhalten

und bekamen erneut die Möglichkeit, mit »ihrer Oberbürgermeisterin« auf Tuchfühlung zu gehen. Der Martinskaffee seinerseits lockt seit nunmehr 27 Jahren über 120 Senioren aus dem Stadtteil zu Kaffee, Kuchen, Musik und Tanz. In diesem Jahr traf man sich im Haus der Heimat, lauschte dem Salonorchester Allegro und nahm die Tanzdarbietungen der DJR (Deutsche Jugend aus Rußland) mit Begeisterung auf. So beliebt der Eckenheimer Martinskaffee auch ist, so wenig dürfte die eigentliche Besonderheit des Martinskaffees bekannt sein: Die Organisatorin der gesamten Veranstaltung unterlag schon immer nur den Damen der CDU Eckenheim um die »Grande Dame« Eckenheims, Ursula Plahusch. (km)

CDU Innenstadt

Das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

Das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands ist nicht nur für die politische Zukunft der Partei von entscheidender Bedeutung. In gleicher Weise ist es auch für die gesellschaftspolitische Entwicklung des gesamten Landes maßgeblich, sollen doch für die größte politische Kraft, die CDU Deutschlands, die zentralen Weichen teilweise neu gestellt werden. Für die interessierten Freunde und Mitglieder der CDU Innenstadt war es daher auch überaus aufschlussreich, in einer eigenen Veranstaltung von dem Frankfurter Landtagsabgeordneten Michael Boddenberg aus erster Hand über den Stand der aktuellen Programmdiskussion informiert zu werden. Als Generalsekretär der CDU Hessen ist er Mitglied der Programmkom-

mission und kann die gegenwärtigen Diskussionen in Berlin hautnah miterleben. Nach einem intensiven und spannenden Erfahrungsbericht über die zentralen Inhalte und den formalen Ablauf der Diskussion zum neuen Grundsatzprogramm ging der Generalsekretär der CDU Hessen vor allem auf ein Thema ein: Die Globalisierung der einzelnen Volkswirtschaften und damit auch der deutschen Wirtschaft. Hierbei machte Boddenberg auch deutlich, dass die positive Freiheit des Einzelnen – sich selbst zu helfen und zu verwirklichen – stärker im Grundsatzprogramm verankert werden soll. Die ökonomische Globalisierung könne und müsse, so der Frankfurter Politiker, auch als Chance angesehen und genutzt werden. (mh)



Bild: Hopmann

Markus Hopmann, Schriftführer der CDU Innenstadt, Michael Boddenberg MdL, Generalsekretär der CDU Hessen, und Christiane Loizides, Vorsitzende der CDU Innenstadt (v.l.).



Bild: Warnke

Der Stammpfad der Frankfurter Senioren Union: Der große Saal des Saalbau Ronneburg. Auch bei Prof. Osiewacz's Vortrag über das Altern war der Saal wieder bis auf den letzten Platz gefüllt.

Senioren Union

Altern, Alternstheorien und Alternmodelle

Dass das Altern des Menschen eine Besonderheit des alltäglichen Lebens ist, kann man schon an einem einzigen Umstand erkennen: Jeder will alt werden. Keiner will alt sein. Und so berichtete auch Professor Dr. Heinz Osiewacz von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in seinem Vortrag »Altern, Alternstheorien und Alternmodelle« vor über 120 Mitgliedern der Frankfurter Senioren Union, dass die vielfältigen menschlichen Alterungsprozesse der Forschung noch immer Rätsel aufgeben. Um das Altern des Menschen vollständig zu begreifen, so Osiewacz, bedürfe es entgegen landläufiger Annahmen einer noch immer intensiven Grundlagenforschung. Gespannt hörten die Teilnehmer dem Wissenschaftler zu, der allgemein verständlich und sehr anschaulich darlegte, woran die Molekularbiologie forscht, um zu verstehen, was beim

Altern tatsächlich vor sich geht. Die in Deutschland nicht besonders geförderte Altersforschung habe im internationalen Verbund jedoch schon zu grundlegenden Erkenntnissen geführt. Aber erst wenn man die Vorgänge und Zusammenhänge in den Zellen genau kenne, bestehe die Aussicht, dass auch Mittel gefunden würden, um Alterungsprozesse positiv zu beeinflussen, so der Frankfurter Forscher. In diesem Zusammenhang wandte sich Osiewacz auch gegen eine generelle Verdammung der Genforschung. Er wies jedoch das Versprechen als unseriös zurück, es könne einmal möglich sein, die Alterung gänzlich zu stoppen und die absolute Lebenszeit des Menschen von 120 bis 130 Jahren wesentlich darüber hinaus zu steigern. Es sei schon viel gewonnen, wenn erreicht würde, dass Menschen auch im Alter länger gesund blieben. (cw)

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)

Dr. Matthias Zimmer erneut als Vorsitzender bestätigt

Der CDA-Kreisvorsitzende Dr. Matthias Zimmer ist von der Mitgliederversammlung der Sozialausschüsse in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt worden. Gleichzeitig wurden auch die drei stellvertretenden Vorsitzenden Erika Pfreundschuh, Hilde Krauß und Stephan Siegler sowie der Schriftführer Dr. Martin Harsche in ihren Ämtern bestätigt. Zimmer betonte in seinem Rechenschaftsbericht, dass es sein Hauptanliegen in den letzten beiden Jahren gewesen sei, die CDA stärker sichtbar zu machen und inhaltlich zu profilieren, um die neoliberalen Grundströmungen in der Union auszubalancieren. Die Notwendigkeit eines solchen sozialen Profils in der Union habe sich vor allem bei der letzten Bundestagswahl gezeigt. Die einseitig auf die Wirtschaft orientierte Programma-

tik der Union habe viele CDU-Wähler verschreckt. Heute müsse man konstatieren, dass die Zahl der Arbeitslosen deutlich zurückgegangen, die Zahl der sozialversiche-



Bild: Fedda

Dr. Matthias Zimmer, Vorsitzender der Frankfurter CDA während einer Diskussion mit dem bekannten Journalisten Hugo Müller-Vogg (v.r.).

rungspflichtigen Arbeitsplätze gestiegen sei und die Wirtschaft hohe Wachstumsraten verzeichne – und all dies ohne die im Wahlprogramm für unabdingbar gehaltenen Instrumente aus der Schreckenskammer neoliberaler Wirtschaftsdeologen. Es gehe der CDA um die Interessen von Arbeitnehmern und soziale Belange aus einem christlich-sozialen Selbstverständnis heraus. »Dazu müssen wir immer wieder über die Wurzeln der Unionsidee aufklären und deutlich machen: Neoliberales Denken ist der christdemokratischen Tradition fremd«, so Zimmer. Er sei davon überzeugt, dass auch in einer neuen Zeit, in der sich durch die Globalisierung die Arbeitswelt rapide verändere, die Grundaussage, dass der Mensch wichtiger als der Markt ist, richtig und attraktiv sei. (mz)

Junge Union

»Was tun gegen die geistigen Brandstifter – Islamismus in Deutschland«

Bei einer Podiumsdiskussion der Frankfurter Jungen Union machte der Dezernent für Ordnung und Sicherheit, Stadtrat Boris Rhein, deutlich, dass islamistische Organisationen in Hessen rund 7.500 Mitglieder und damit doppelt so viele Mitglieder wie Rechts- und Linksextreme zusammen hätten. Den Frankfurter Behörden sei jedoch kein »Hassprediger« bekannt, auch wenn man nicht immer wissen könne, was in Hinterzimmern geschehe. Gleichzeitig wies Rhein darauf hin, dass die Anschläge von New York, Madrid und London, von denen immer auch eine Spur nach Deutschland geführt habe, deutlich gezeigt hätten, dass der Terror sehr nahe komme. Daher müsse die präventive Beobachtung verstärkt und

bestehende Gesetze konsequent angewendet werden. So müssten Islamisten, bei denen ein begründeter Verdacht auf die Planung verfassungsfeindlicher Straftaten vorliege, ausgewiesen werden. Muslime, so



Eröffneten wichtige Einblicke in den Islamismus in Deutschland: Stadtrat Boris Rhein, JU-Vorsitzender Wolff Holtz und Pater Dr. Georg Fischer (v.l.)

Rhein, dürften jedoch keinesfalls unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Ergänzt wurden Rheins Ausführungen durch Pater Dr. Georg Fischer vom Deutschen Orden. Er brachte den Teilnehmern die »verquere Logik« der Islamisten nahe: Die westliche Zivilisation sei nach Ansicht der Islamisten eine gottlose Gesellschaft, der eine religiöse Ordnung, auch mit Gewalt entgegengestellt werden müsste. Einig waren sich die Teilnehmer, dass eine gelungene Integration das wirksamste Mittel gegen Islamismus sei. Der JU-Kreisvorsitzende Wolff Holtz stellte klar, dass er eine gefährliche, die Integration jugendlicher erschwerende Entwicklung beobachte. (wh)

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT)

Frühstücksmeeting mit Prof. Dr. Heinz Riesenhuber

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Frankfurt (MIT) hatte zum Frühstücksmeeting mit dem ehemaligen Bundesforschungsminister Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB geladen. Im Mittelpunkt stand die Frage nach einer ersten Bewertung der Regierungspolitik der Großen Koalition. Nachdem der Kreisvorsitzende der Frankfurter MIT, Joachim Gres, in einer Übersicht die Eckpunkte der Gesundheitsreform sowie die Herausforderungen der kommenden Arbeitsmarkt- und Unternehmenssteuerreformen dargelegt hatte, machte Riesenhuber gegenüber den Anwesenden deutlich, dass man trotz aller Skepsis gegenüber einer Großen Koalition letztendlich keine tragfähige und zumutbare politische Alternative hätte finden können. Auch könne man schon jetzt feststellen, dass Bundeskanzlerin Merkel ein hohes Ansehen im Ausland genieße. Doch auch die innenpolitischen Erfolge seien deutlich hervorzuheben. An diesen Erfolgen könnte das CDU-Profil der Großen Koalition deutlich erkannt werden. Das Wirtschaftswachstum betrage dieses Jahr zwischen 2 bis 2,5 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze steige und ebenso sei sicher, dass durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2007 die Staatsschulden reduziert werden könnten. (tf)



Haben als Experten Deutschlands Politik und Wirtschaft fest im Blick: Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB und Joachim Gres, Vorsitzender der Frankfurter MIT (v.l.).

Fachausschuss Integration

Über das Gelingen des Integrationsprozesses



Bild: Mengelkamp

Andreas Mengelkamp, Vorsitzender des CDU-Fachausschusses »Integration und Ausländerfragen«, Oda Scheibelhuber, Staatssekretärin im Hessischen Innenministerium (v.l.).

Die deutsche Gesellschaft steht vor einschneidenden Veränderungen innerhalb der Gesellschaftsstruktur. Aus diesem Grund lud der Fachausschuss »Integration und Ausländerfragen« der Frankfurter CDU die Staatssekretärin im Hessischen Innenministerium, Oda Scheibelhuber, als Referentin ein, um die Rechte und Pflichten von Deutschen und Ausländern hinsichtlich eines gelingenden Integrationsprozesses weitergehend zu hinterfragen. Schon zu Beginn ihres Vortrages wies Staatssekretärin Scheibelhuber ausdrücklich

darauf hin, dass die deutsche Gesellschaft nicht vor lediglich simplen Einschnitten innerhalb der Gesellschaftsstruktur stehe. Aus ihrer Sicht stehe die deutsche Gesellschaft vielmehr vor einem tatsächlichen Zeitenwandel. So wiesen schon etwa 23 Prozent der Hessischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf, was dazu führe, dass Integration nicht eine bloße Assimilierung bedeuten könne. Scheibelhuber forderte eine ehrliche Perspektivdiskussion ein, in der geklärt werden müsse, was durch Integration erreicht werden

soll und kann. So erläuterte die Staatssekretärin detailliert die gemeinsamen Vorstellungen der Länderinnenminister zur Einbürgerung sowie zum Bleiberecht und fand bei den Zuhörern breite Zustimmung für einen Weg über Einbürgerungskurse mit Tests, die – sofern keine verfassungsschutzrechtlichen Bedenken bestehen – zur feierlichen Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft führen können. (am)

Fachausschuss Wirtschaft und Technologie

Die Energiepolitik als Wirtschaftsmotor



Bild: dpa

Die deutsche Energieversorgung ist weltweit vorbildlich. Sie ist aber auch weltweit eine der teuersten. Preissenkungen werden von den Verbrauchern herbeigesehnt.

Der neue Fachausschuss »Wirtschaft und Technologie« der Frankfurter CDU widmete sich dem Thema einer weitergehenden Liberalisierung der deutschen Energiewirtschaft. Im Vordergrund der Veranstaltung stand die Frage, in welcher Weise für private Verbraucher und wirtschaftliche Unternehmen Strom und Gas zu tatsächlich tragbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden kann. Der Referent, Rechtsanwalt Rainer Krug, langjähriger Leiter des Rechtsabteilung von Infraser/Industriepark Höchst, zeigte in seinem Vortrag die neuen rechtlichen Bestimmungen für den Handel und Vertrieb von Strom und Gas auf. Die inhaltlichen Kernpunkte dieses Vortrages wurden durch die Frage der Preisentwicklung von Energie im Allgemeinen und die Maßnahmen der Politik, die ansteigende Preiskurve mit neuen Gesetzen in den Griff zu bekommen, im Besonderen gebildet. Zudem wurde in besonderer Weise die Tätigkeit der neuen Bundesnetzagentur sowie die neuen verbraucherfreundlichen Bestimmungen für den Bezug von Strom und Gas beleuchtet. Im Rahmen dieser nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern vor allem auch gesellschaftspolitisch höchst aktuellen Themen war auch eine Darstellung der fortschrittlichen energiepolitischen Initiativen der Hessischen Landesregierung geboten. Das Fazit war dann auch deutlich: Im Hinblick auf eine verbraucher- und vor allem produzentenfreundliche Energiepreispolitik sind noch entscheidende Wege zu gehen. Alleine die Diskussion der Tagungsteilnehmer ließ erahnen, wie sehr die Energie- und Energiepreispolitik die Bürgerinnen und Bürger bewegt. (cs)

Fachausschuss Bildung

Vortrag: Warum Jungen nicht mehr lesen ...



Lesen bildet und regt zum Nachdenken an. Im Bildhintergrund: Der Bücherstand am Vortragsabend. Rechts im Bild: Die Buchautorin und bekannte ZDF-Moderatorin Katrin Müller-Walde.

Es war ganz wunderbar warm auf der Terrasse am 31. August 2006, als Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert plötzlich sehr ernst und sehr artikuliert in die laue Sommernacht hinaus sprach: »Jungen brauchen Förderung – und zwar mehr als gedacht.« Die Kultusministerkonferenz fürchte um die Demokratiefähigkeit unserer Kinder und wolle nun endlich handeln. Hella Welker, Vorsitzende des Ausschusses Bildung, reagierte prompt, griff zum Hörer und fragte nach bei Pädagogen, Wissenschaftlern und Journalisten. Das Ergebnis: Der Workshop »Warum Jungen nicht mehr lesen und wie wir das ändern« – mit der Autorin des gleichnamigen Buches Katrin Müller-Walde (ZDF) am 28. November im Titusforum des Nord-Westzentrums. Die Journalistin hatte sich mit Fragen

der Lesemotivation von Mädchen und Jungen im deutsch- und englischsprachigen Raum beschäftigt und bilanzierte nüchtern: »Jungen gelten OECD-weit zum ersten Mal als Risikogruppe. Lesekompetenz bilden sie im Verhältnis zu Mädchen immer weniger aus. Sie lesen weniger, lernen deshalb schlechter und erreichen inzwischen auch deutlich minderwertigere Schulabschlüsse.« Doch es gibt einen Weg heraus aus der Lesekrise. Die als Lehrerfortbildung anerkannte Veranstaltung war dann auch gut besucht von Pädagogen wie von Eltern. Fazit nach zwei Stunden für eine Lehrerin, die an einer Frankfurter Schule unterrichtet: »Das waren Hintergründe und Tipps, die wir dringend brauchten und die im Alltag weiterhelfen.« (mw)

Evangelischer Arbeitskreis (EAK)

Christliche Werte – Bremse oder Motor?

In seinem Vortrag über die Bedeutung christlicher Werte für unsere heutige Gesellschaft verdeutlichte der Bundesgeschäftsführer des EAK, Christian Meißner: Die christliche Ethik beeinflusste die Inhalte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in entscheidender Weise. So hätten die Gedanken, dass der Mensch nicht die letztendlich entscheidende Kraft ist und gegenüber Gott in der Verantwortung steht, die moralische Entwicklung der Bundesrepublik und die Parteiprogramme der CDU geprägt. Für die gegenwärtige »postmoderne« Gesellschaft Deutschlands sei es jedoch kennzeichnend, dass dieser ursprünglich gemeinsame Sinnhorizont nicht mehr existie-

re. Der heute praktizierte Gedanke des Neutralitätsgebotes habe zu einer Beliebigkeit geführt, die Werte und Normen relativiere. Meißner hob hervor, dass unterschiedliche Wertedebatten oder der Verzicht auf den Gottesbezug in der EU-Verfassung deutlich zeigten, dass der Prozess der Werterelativierung in unserer Gesellschaft bereits fortgeschritten sei. An Beispielen aus dem alltäglichen Leben wie etwa der Abschaffung des Religionsunterrichtes oder der Stammzellenforschung könne man deutlich beobachten, dass vormalig feste Normen immer häufiger aufgegeben würden. Seinem Appell, dass der Mensch nicht »verzweckt« werden dürfte, fügte Meißner eine grundsätzliche



Hella Welker (Bildmitte) begrüßt die Mitglieder des Frankfurter EAK. Links vorne im Bild (in der ersten Sitzreihe): Christian Meißner, Bundesgeschäftsführer des EAK.

Klarstellung der Bedeutung von christlichen Werten in unserer heutigen Gesellschaft bei: **Bremse**, so der Bundesgeschäftsführer des EAK, sei das »C« zu Recht immer dann, wenn es um Grundwerte des Glaubens gehe. Das Leben müsste vom Anfang bis zu seinem natürlichen Ende geschützt werden. **Motor** für die Entwicklung der Gesellschaft seien christliche Werte immer dann, wenn es um die menschenwürdige Zukunft eben dieser Gesellschaft gehe. (hw)



Aus der Fraktion

Frankfurt erhält seinen historischen Kern zurück

CDU und Grüne legen gemeinsamen Antrag zur Altstadtbebauung vor

Jetzt kommt Bewegung in die Altstadt-Debatte. Die Koalitionsfraktionen aus CDU und Grünen im Frankfurter Römer fordern den Magistrat in einem gemeinsamen Antrag auf, eine vertiefte Planung für eine Bebauung des Areals zwischen Dom und Römerberg vorzulegen, und zwar auf der Grundlage der ersten – weitgehend übereinstimmenden – Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Planungswerkstatt.

Rechtzeitig zur ersten Sitzung der Planungswerkstatt vom 6. bis 8. Oktober hat das Stadtplanungsamt ein Gutachten vorgelegt, das einschlägige Quellen in Archiven und Sammlungen ausgewertet hat, von Fotografien über Grafiken, Skizzen und Baubeschreibungen einzelner Altstadt Häuser. Herausgekommen sind umfassende Informationen über den baulichen Zustand eines jeden Hauses vor der Zerstörung. Das Fazit der Studie: Eine historisch getreue Rekonstruktion des originalen Zustandes um 1940 wird bei keinem

der Häuser erreicht werden können, weil Pläne mit konstruktiven Details verloren sind. Wohl aber ist eine annähernde Rekonstruktion bei etwa der Hälfte der Häuser möglich, deren Straßenfassade und Grunddisposition nachgebaut werden kann. Diesem Umstand trägt der schwarzgrüne Antrag jetzt Rechnung.

»Mit dem beschlossenen Antrag ist ein wichtiger Schritt getan. Die im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Altstadt wird nach wie vor von der großen Mehrheit in Frankfurt als Kern der Stadt gese-



Vier Altstadtgebäude werden rekonstruiert: »Goldenes Lämmchen« (1), »Tante Melber« (2), »Goldene Waage« (3) und das »Rote Haus« (4).

hen. Wir wollen diese Altstadt mit ihrer kleinteiligen Struktur, ihren Wegebeziehungen, ihren Plätzen und nicht zuletzt mit einigen bedeutenden rekonstruierten Leitbauten für die Frankfurterinnen und Frankfurter zurückgewinnen. Die Koalition wird jetzt unter Führung von Oberbürgermeisterin Petra Roth zügig handeln und das Altstadt-Konzept auf den parlamentarischen Weg bringen«, sagte CDU-Fraktionschef Markus Frank.

Die vom Magistrat vorzulegende Planung soll die im Antrag genannten Eckpunkte aufnehmen. Frank erläuterte, zur Grundlage der Planung werde der historische Stadtgrundriss gemacht, vor allem die Straßen- und Platzstruktur, wie sie bis zu den Zerstörungen von 1943/44 Bestand hatte. »Zur Neu- und Nachkriegsbebauung, etwa Schirn, Kunstverein oder Haus am Dom, werden städtebaulich sensible Übergänge geschaffen, so dass ein harmonisches und schönes Stadtbild mit vier historischen Ensembles entsteht. In deren Kern wollen wir vier geschichtlich bedeutsame Häuser rekonstruieren: Die Häuser Junger Esslinger (»Tante Melber«), Goldenes Lämmchen in der Gasse Hinter dem Lämmchen, die Goldene Waage sowie das Rote Haus am Markt«, sagte Frank. Das Ziel der CDU ist somit klar: Rückkauf und Abriss des Technischen Rathauses sowie Aufbau einer neuen Altstadt zwischen Dom und Römer mit hohem Wohnanteil und einigen baulich rekonstruierten Ensembles, die als Teil der Frankfurter Geschichte zur Identität dieser Stadt gehören. (jr)



Selten: Die 1941 entstandene Aufnahme ist vom Domturm aus gemacht und zeigt links das Haus »Zur Goldenen Waage« mit dem »Belvederche«, dem Dachgarten, rechts im Bild ist das alte Hauptzollamt zu sehen, heute »Haus am Dom«.

Kompromiss für die Großmarkthalle

CDU und Grüne einigen sich über Denkmalschutzfragen



Bild: Weis

Ausgestellt am Ort des Geschehens: Der aktuelle Entwurf für den Neubau der EZB, hier von Nordwesten aus gesehen.

Im Ringen um den Denkmalschutz der Großmarkthalle haben die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen im Römer einen gemeinsamen Antrag verabschiedet. Die Europäische Zentralbank (EZB) kann endlich ihren Sitz auf dem Gelände der Frankfurter Großmarkthalle bauen. Für das Industriedenkmal bedeutet dies, dass die sogenannten Annexbauten abgerissen werden und der Hauptbau in Teilen verändert wird. Allerdings bleibt das Hauptgebäude mit seinen wesentlichen charakte-

ristischen Merkmalen Tonnenschalendach, Betonrasterfassade mit Klinkersteinen und den Kopfbauten erhalten. Die Fassade des westlichen Kopfbaus wird weitestgehend wieder in den ursprünglichen Zustand von 1928 versetzt. Die für eine Nutzung durch die EZB erforderlichen Veränderungen dürfen sich nur auf wenige funktionale Eingriffe erstrecken, die sich aus den im Entwurf des Wiener Architektenbüros Coop Himmel(b)lau vorgesehenen funktionsbedingten Nutzungsabläufen ergeben. Auch kann das bügelartige Eingangsbauwerk, die Verbindung zwischen Baudenkmal und dem neuen EZB-Hochhaus sowie das Restaurant gebaut werden. Die in ihrer Bedeutung umstrittenen Annexbauten entfallen, um ein stadtbildverträgliches Sicherheitskonzept zu ermöglichen, das den Bewohnerinnen und Bewohnern des unmittelbar benachbarten Wohnquartiers im Westen eine unzumutbare Abriegelung erspart. Mit diesem Kompromiss konnten die Pläne der EZB-Architekten, drei Viertel der Nordfassade zu beseitigen, verhindert werden. Der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jochem Heumann, sagte dazu, schon beim Verkauf der Halle an die EZB sei klar gewesen, dass es wegen der Umnutzung zu Eingriffen in ihr Erscheinungsbild komme. Der Wegfall der Annexbauten sei mit Blick auf das Sicherheitskonzept hinzunehmen, auch weil deren Bau substanz problematisch sei. (jr)

Die Großmarkthalle – Zahlen, Daten, Fakten

Die Großmarkthalle im Frankfurter Ostend – im Volksmund »Gemieskerch« genannt – war bis zu ihrer Schließung am 4. Juni 2004 ein gewerblicher Großmarkt, in dem vorwiegend Obst und Gemüse gehandelt wurde, was heute im modernen Frischezentrum im Stadtteil Kalbach geschieht. Der von Martin Elsaesser entworfene, wuchtige Bau am rechten Mainufer, der sich unmittelbar an den Frankfurter Osthafen anschließt, wurde am 25. Oktober 1928 eingeweiht und gilt als ein Wahrzeichen des Neuen Frankfurt der zwanziger Jahre. Mit 220 Metern Länge, 50 Metern Breite und einer Höhe zwischen 17 und 23 Metern der seinerzeit größte Gebäudekomplex der Stadt, bot die Halle auf 13.000 Quadratmetern Platz für rund 130 Verkaufsstände.



Die Großmarkthalle um 1930

Bild: ISG



Höchst vital!

Rahmenplan wird umgesetzt / Rundgang der CDU-Fraktion

Es besteht dringender Handlungsbedarf in Höchst, und der Anfang ist bereits gemacht. Mit der Fertigstellung des neuen Mainufers, mit dem Beginn der Bauarbeiten am Dalbergplatz, mit der Zufahrt zum Parkhaus Gleisdreieck sowie mit der Verkehrsuntersuchung Höchst, dem Parkraumkonzept und schließlich mit dem beschlossenen städtebaulichen Rahmenplan sind Zeichen gesetzt für eine neue Entwicklung dieses Stadtteils. Davon überzeugte sich auch die CDU-Fraktion im Römer, die am 29. September 2006 zusammen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth

(CDU) nach Höchst gekommen war, um die Fortschritte, aber auch die bestehenden Schwierigkeiten des Stadtteils aus eigener Anschauung kennenzulernen. Denn die nach wie vor hohe Verkehrsbelastung der Höchster Innenstadt sowie wirtschaftliche Einbußen durch den Wegzug der Kreisverwaltung, den schwindenden Stadtteilbezug der Beschäftigten des Industrieparks und die Konkurrenzsituation des Main-Taunus-Zentrums wirken sich im Verbund nachteilig aus.



Bild: Reuß

Unterwegs mit dem Rahmenplan: CDU-Ortsbeirat Hans-Georg von Freyberg, Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stadtverordneter Jochem Heumann, Heinz Alexander und CDU-Fraktionschef Markus Frank (v.l.).

Der Rahmenplan soll zusammen mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro die Revitalisierung von Höchst voranbringen, insbesondere durch das Förderangebot an Hauseigentümer zur Modernisierung ihrer Wohnungen und Liegenschaften. Oberbürgermeisterin Roth lobte den Aufschwung, der in Höchst bereits zu spüren sei. (jr)

Im Bahnhofsviertel beginnt eine Erfolgsstory

CDU-Fraktion informiert sich über Förderprogramm

Das Bahnhofsviertel verwandelt sich. Seit Beginn der Bemühungen um die Verbesserung des Erscheinungsbildes dieses in der Bundesrepublik einmaligen Gründerzeitquartiers als noch 19 Häuser leer standen und ein Bild der Verwahrlosung boten, haben sich bereits an vielen Stellen sichtbare Veränderungen gezeigt. Zehn Millionen Euro hat die Stadt zur Verfügung, um Wohnsaniierungen zu fördern. Und aus dem »Bundesländer-Programm Stadtumbau West« wird jährlich eine halbe Million Euro für Wohnumfeldverbesserungen bereitgestellt. Zudem sollen die Straßenräume umgestaltet werden, zum Beispiel der Kaisersack und die Eingänge in das Bahnhofsviertel in der Taunusstraße und in der Münchener Straße.

Zusammen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth tourte die CDU-Fraktion am 7. November 2006 einen Nachmittag lang durch das



Bild: Rotberg

Eckhart von Schwanenflug, Architekt, Planer und Miteigentümer des Hauses Münchener Straße 38, zeigt Oberbürgermeisterin Petra Roth Details der Bauarbeiten an der denkmalgeschützten Fassade.

Bahnhofsviertel. Etwa zehn ausgewählte Liegenschaften, das Hammermuseum in der Schuhmacherei Lenz und das Ideenlabor der Stadtplaner in der Moselstraße wurden besucht sowie Gespräche mit den Eigentümern bzw. den Initiatoren der Baumaßnahmen geführt. Paradebeispiel der Planung ist die Sanierung und denkmalpflegerische Wiederherstellung des mit einer neuzeitlichen Werksteinfassade in den sechziger Jahren zugebauten Kaufhauses in der Kaiserstraße 48. Hier sollen moderne Wohneinheiten mit dem Flair des klassizistischen Frankfurts entstehen. Attraktiver Wohnraum soll zudem in dem Gründerzeithaus Münchener Straße 38 geschaffen werden und auch für die seit zwölf Jahren hinter Bretterzaun verschwundenen denkmalgeschützten Geschäftshäuser aus der Konkursmasse des »Baulöwen« Jürgen Schneider in der Kaiserstraße 75–77 hat sich ein Investor gefunden. (jr)

Mahnung zur Haushaltsdisziplin

Klausurtagung der CDU-Fraktion in Bad Arolsen

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2007 ist vom Magistrat in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht worden und wird derzeit von den Fraktionen beraten. Die CDU-Fraktion hat sich vom 23. bis 25. November 2006 nach Bad Arolsen zu einer Klausurtagung zurückgezogen und ein umfangreiches Antragspaket erarbeitet, das in der nächsten Ausgabe des Frankfurt Magazins ausführlich vorgestellt wird.

Zu Beginn der Tagung mahnte Stadtkämmerer Horst Hemzal (CDU) noch einmal zur Haushaltsdisziplin. Hemzal erläuterte, dass die in diesem Jahr außergewöhnlich gute Einnahmesituation durch die Gewerbesteuer zwar ermögliche, das jahresbezogene Defizit auf null herunterzufahren, diese jahresbezogenen Schulden aber bis 2010 wieder ansteigen werden. Und der Kämmerer verwies auf den ungebrochen hohen Zuschussbedarf bei den Sozialausgaben und die konjunkturanfällige Prognose für die Gewerbesteuer. Rund 30 Unternehmen in der Stadt Frankfurt tragen mit starken Säulen die Einnahmen aus dieser Steuerquelle.

Im Investitionsprogramm der Stadt Frankfurt am Main sind für das Haushaltsjahr 2007 investive Maßnahmen mit einem Auszahlungsvolumen von 390,91 Millionen Euro geplant. Verglichen mit dem kammeralen Haushaltsansatz des Vorjahres von 365,91 Millionen Euro ergibt sich damit eine

weitere Zunahme der Investitionstätigkeit, die jedoch vor allem auf die Veranschlagung von 69 Millionen Euro für den Rückkauf des Technischen Rathauses zurückzuführen ist. Die zusätzlichen Ausgaben hält Hemzal für gut begründet, denn den Sanierungsstau bei der Bauunterhaltung etwa von Schulen und Straßen zu verschieben, sei zu riskant. Zusätzliche Finanzmittel stehen aus den Gewerbesteuererträgen und den Erlösen aus dem Verkauf der Frankfurter Sparkasse zur Verfügung. Auch eine Finanzierung über Kredite ist gemessen an den Pro-Kopf-Einnahmen aus dem Steueraufkommen gut möglich, da Frankfurt hier eine Spitzenposition einnehme und deshalb »unvergleichlich kreditwürdig« sei. Als politische Leitlinie empfahl Hemzal den Stadtverordneten, den Etat nicht zu überfordern und mit Blick auf den Bildungsschwerpunkt der Koalition wirtschaftlich klug zu handeln, damit in ein paar Jahren die Qualität der Schulen stimme.



Der Zuschussbedarf im Sozialen könne hingegen ohne gegenläufige, wirtschaftlich bessere Tendenz zu sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsverhältnissen in der Bundespolitik nicht gemindert werden. Hemzal verwies bei der Personalkostenentwicklung der Stadt darauf, dass bereits ein erhebliches Einsparvolumen erreicht und auch von der Landesbehörde bestätigt worden sei. Mehrkosten für Personalaufstockungen wie etwa im Sicherheits- und Ordnungsdienst mussten als freiwillige Aufgabe politisch begründet werden. Auch durch Bildungspolitik entstünden nachhaltige Personalmehrkosten. Aber insgesamt liege die Stadt Frankfurt mit 18 bis 20 Prozent Gesamtausgaben Personalausgaben im Vergleich der großen Städte sehr gut.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank sieht die Finanzen der Stadt auf einem guten Weg, der aber sparsam beschritten werden müsste: »Wir gewinnen an Höhe, sehen uns aber vor einer Schlechtwetterfront. Deshalb werden wir keine Politik mit dem Füllhorn betreiben, sondern maßvoll investieren.« (jr)



Rund ums liebe Geld in schöner Atmosphäre: Die versammelte CDU-Fraktion mit Gästen aus Magistrat und Ortsbeiräten vor Schloss Arolsen.



Fördern und Fordern:
Grundschule
und Kindergarten
haben einen
Bildungsauftrag.

Kreativität und Kompetenz sind der Schlüssel zur Zukunft

Zur bildungspolitischen Debatte in Frankfurt am Main

Auszüge aus der Rede von Oberbürgermeisterin Petra Roth in der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. November 2006.

Städte, die erfolgreich und lebenswert sein wollen, müssen ihre künftige Generation ausbilden und attraktiv genug sein, um kreative Menschen anzuziehen. Deshalb darf es nicht sein, dass in einem hoch entwickelten Land wie unserem die Bildungschancen von Kindern so stark von der sozialen Herkunft abhängen, dass Kindern aus bildungsfernen Familien und Einwanderermilieus die Zukunft zu einer besseren Ausbildung verstellt wird – nicht durch mangelndes Talent, sondern durch mangelnde Chancen.

Frühkindliche Bildung als Sprungbrett für das Leben

Schon im Kindergarten müssen wir beginnen! Denn wenn Kinder die Schullaufbahn mit ungleichen Chancen starten, ist dies in der Grundschulzeit nur schwer zu kompensieren.

Kinder brauchen schon vor der Einschulung individuelle Unterstützung, damit die Grundschule, in der nur vier Jahre zum Abbau von Defiziten zur Verfügung stehen, nicht ein Nachteilsverstärker, sondern ein Sprungbrett ins Leben wird. Der Kindergarten muss sich von einer Betreuungseinrichtung in eine echte Bildungseinrichtung wandeln, in der spielerisches Lernen ermöglicht wird. Deshalb wird der Personalstand in den Kitas von 1,5 auf 2 Erzieher und Erzieherinnen pro Gruppe angehoben. Das ergibt eine erheblich verbesserte Personal-

ausstattung, die sich an den tatsächlichen Betreuungszeiten der Kinder orientiert.

Eine moderne Schulpolitik für eine moderne Großstadt

Ein wichtiges Leitziel der Stadt Frankfurt am Main ist es, an Schulen die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf zu schaffen. Der Versorgungsgrad für Schulkinder liegt derzeit mit einem Hort- und Betreuungsangebot an Grundschulen bei etwa 50 Prozent. Damit nimmt Frankfurt am Main in den westlichen Bundesländern den Spitzenplatz ein.

Der neue Schulentwicklungsplan bietet für alle Schüler ein optimiertes Angebot mit vielfältigen Bildungsgängen wohnortnah und stadtteilbezogen. Die Ausgaben für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und Standortattraktivität der Schulen werden deutlich erhöht. Wir haben deshalb jetzt beschlossen, die Bauunterhaltungsmittel von 16 Millionen Euro auf 25

Millionen Euro jährlich aufzustocken. Hinzu kommen Förderprogramme für Brandschutz für fast 100 Millionen Euro, Ausbau der Naturwissenschaften an Schulen für 25 Millionen Euro, Abriss und Neubau von 25 maroden Schulturnhallen für 50 Millionen Euro.

Das sind die bildungs- und sozialpolitischen Ziele der Römer-Koalition: mehr Chancen für Hauptschüler, beschleunigte Schulreformen, Berücksichtigung von Elternwünschen nach Ausbau von Ganztagschulen und mehr Plätze an integrierten Gesamtschulen. Für mich hat das gegliederte Schulsystem auch in Frankfurt einen besonderen Stellenwert, denn alle Schüler sollen die Möglichkeit bekommen, ihre individuellen Fähigkeiten entsprechend ihrer unterschiedlichen individuellen Leistungsfähigkeit zu entfalten. Nicht Ergebnisgleichheit am Ende eines Bildungsweges, sondern Chancengerechtigkeit möglichst von Beginn bildet für uns den Hintergrund unserer konkreten bildungspolitischen Entscheidungen.



Plädoyer für eine neue Bildungspolitik: Oberbürgermeisterin Petra Roth in der Stadtverordnetenversammlung.

»Frankfurter Programm Würde im Alter«

Ausbau der ambulanten und stationären Altenhilfe

Das Sofortprogramm ambulante und stationäre Altenhilfe der Stadt Frankfurt wird im kommenden Jahr ausgebaut werden. Sozialdezernent Uwe Becker (CDU) informierte bei einer Pressekonferenz im Altenzentrum Santa Teresa im Stadtteil Hausen über die Pläne und das Programm.

Die Stadt hat das Programm im Jahr 2001 aufgelegt, um insbesondere die Betreuung von demenziell erkrankten Menschen zu verbessern. 1999 rüttelte das Frankfurter Forum für Altenpflege durch seine Kampagne »Die Würde des Alters ist antastbar« die Kommunalpolitik auf. 2,7 Millionen Euro hat die Stadt auf Beschluss des damaligen Viererbündnisses aus CDU, SPD, Grünen und FDP seitdem jährlich investiert. Davon gingen 1,7 Millionen Euro an stationäre Einrichtungen, der Rest an Beratungsstellen, Initiativen und Vereine. Psychosoziale Betreuung in der ambulanten Altenpflege bildet einen Schwerpunkt der Förderung. Von ihr profitieren Besuchsdienste ebenso wie offene Hilfen für Behinderte oder Krisenintervention. Ebenso fließen die Mittel in die wichtige Fortbildung der Mitarbeiter, damit die Konzepte auch durchgesetzt werden können.

Für Becker ist jetzt die Seniorenpolitik ein Schwerpunkt der neuen schwarz-grünen Koalition, der aus drei Komponenten besteht: Service und Betreuung im häuslichen Umfeld, die Förderung von Betreutem Wohnen und alternativer Wohnformen sowie die Verbesserung der Pflege und Betreuung in den Heimen – zusätzlich zu den Leistungen der Kranken- und Pflegekassen. 2,7 Millionen Euro zahlt die Stadt jährlich an derzeit 27 Heime und 13 Vereine. Ab 2007 werden insgesamt drei Millionen Euro an derzeit 27 Heime und 13 Vereine gezahlt. Diese zusätzlichen 300.000 Euro werden aus anderen Stellen im Sozialhaushalt umgeschichtet. Becker hofft, dass er für das Vorhaben über die schwarz-grüne Koalition hinaus Zustimmung findet, »weil das Programm auch in der Vergangenheit immer ein fraktionsübergreifendes Thema gewesen ist«.



Zuwendung und Würde im Alter.

Das Altenzentrum Santa Teresa in Trägerschaft des Frankfurter Caritasverbandes gehört zu den Altenpflegeheimen, die aus dem Sofortprogramm gefördert werden. Caritasdirektor Hartmut Fritz und Gesche Oppermann, Leiterin des Altenzentrums, berichteten über die Verwendung der Mittel in ihrem Haus. 260.000 Euro hat Santa Teresa in den vergangenen fünf Jahren aus dem Sonderprogramm erhalten – mit großer Wirkung, etwa bei der architektonischen Umgestaltung des 1968 errichteten Altenzentrums. Die Dreibettzimmer wurden abgeschafft, Glasfronten durch richtige Wände ersetzt, Wohnküchen installiert.

Stadtrat Becker besuchte im Anschluss an den Pressetermin eine Wohngruppe, in die die Förderung fließt und die zur besseren Orientierung der Bewohner im Stil vergangener Jahrzehnte gestaltet ist. Gewohnte Beschäftigungen aus früheren Jahren, Möbel im vertrauten Stil der Jugendzeit oder (freiwillige) Mitarbeit bei der »Hausarbeit« sorgen für ein Zuhause-Gefühl. (jr)



Stadtrat Uwe Becker im Gespräch mit Heimleiterin Gesche Oppermann und Caritasdirektor Hartmut Fritz.

Frankfurt fördert Spitzen- und Breitensport gleichermaßen

Erhöhung der Jugendzuschüsse und World-Bowl-Finale 2007



Martin Gerhardt

Sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Im kommenden Jahr wird unter der Verantwortung von Sportdezernent Uwe Becker (CDU) die Förderung der Jugendarbeit ausgebaut. Sein Vorschlag sieht vor, dass die Turn- und Sportvereine künftig 16 statt 10 Euro pro Jugendlichen erhalten. Zwei weitere Euro pro Jugendlichen sollen in einen Härtefonds fließen, aus dem die Vereine unterstützt werden, die für ihre Kinder- und Jugendarbeit in erhöhtem Umfang Aufwendungen haben und da-

durch in finanzielle Engpässe kommen. Als CDU-Fraktion unterstützen wir dieses Vorhaben durch einen Antrag zum Haushalt 2007, denn dieses Geld ist sehr gut angelegt.

Damit wird ein lange diskutiertes Problem endlich auch angepackt. Die Turn- und Sportvereine leisten hervorragende Kinder- und Jugendarbeit. Sie vermitteln Werte, integrieren Migrantenkinder und fördern die Gesundheit unseres Nachwuchses. Dieses Engagement muss auch entsprechend gewürdigt werden.

Und noch ein Grund zur Freude: Es ist uns gelungen, das World-Bowl-Finale der NFL Europa (American Football) nach Frankfurt zu holen. Das Spiel wird am 23. Juni nächsten Jahres in der Commerzbank-Arena ausgetragen. Zuletzt hatte



Bild: dpa

Der Nachwuchs am Ball. Die Stadt wird den Jugendsport noch besser fördern.

Frankfurt 1998 und 2000 die Ehre. Nach Fertigstellung der Commerzbank-Arena und erfolgreicher Abwicklung der Fußball-WM ist es jetzt wieder an der Zeit für ein großes Sportereignis. Wir werden das in unsere Stadt gesetzte Vertrauen nicht ent-

täuschen. Bei der Fußball-WM im Sommer haben die Frankfurterinnen und Frankfurter gezeigt, dass sie sportliche Großereignisse zu feiern verstehen. An diese gute Stimmung wollen wir am 23. Juni 2007 in der Commerzbank-Arena anknüpfen. Ich hoffe natürlich, dass Frankfurt Galaxy als viermaliger World-Bowl-Sieger seinen Titel vor heimischer Kulisse verteidigen kann. (jr)



Bild: Storch

Stadtrat Uwe Becker (2.v.r.) mit den World-Bowl-Veranstaltern und dem Sponsor nach Bekanntgabe des Austragungsortes.



Bild: Fella

Auch in München ist Parkraum knapp: Wolfgang Großmann, Geschäftsführer der Münchener Park & Ride GmbH (3.v.l.), erläutert den Gästen aus Frankfurt die Funktion der Übergabekabine einer automatischen Anwohner-tiefgarage. Im Bild (v.l.): CDU-Verkehrssprecher Helmut Heuser mit seinen Kollegen Lothar Stapf, Jan Schneider, Thomas Rätzke, Bernhard Mertens und Martin Daum.

Vom »Flügeln« und dem Parken im Regal

CDU-Arbeitskreis Verkehr erkundet München

Die Diskussion um die Anbindung des Stadtteils Riedberg an die A-Linie der U-Bahn (Heddernheim-Südbahnhof) hat den Arbeitskreis Verkehr am 26. Oktober 2006 in die bayerische Landeshauptstadt München geführt.

Dort wird der S-Bahnzug S1 an der Station Neufahrn getrennt: ein Teil fährt weiter nach Freising, der andere zum Flughafen. In der Gegenrichtung wird der Zug in Neufahrn wieder zusammengesetzt. Diese gut funktionierende – »Flügeln« genannte – Methode ist eine der nun untersuchten Varianten zur Stadtbahnerschließung des Riedbergs.

Die Stadtverordneten informierten sich in München zudem über Park-and-Ride-Plätze, das 2002 eröffnete Parkhaus Messestadt-Ost und die automatische Anwohner-tiefgarage in München-Neuhausen. Dort, in der Donnersbergstraße, gibt es 284 von der Münchener Park & Ride GmbH betriebene unterirdische Stellplätze für Anwohner, platzsparend angeordnet in einem hochmodernen Regalsystem, die den Gelegenheitsparkverkehr im Quartier erheblich vermindern. Die Pkw-Fahrer werden in der Einfahrtskabine über Laserscanner und Display in die richtige Parkposition eingewiesen. (jr)



Bild: dpa

Tram-Trasse für die Ringlinie

CDU und Grüne für neues Teilstück durch die Stresemannallee

Der Gesamtverkehrsplan sieht mit Priorität den Bau einer mit hohem Verkehrswert versehenen Straßenbahn durch die Stresemannallee vor, die Neu-Isenburg und Sachsenhausen direkt mit dem Hauptbahnhof verbindet und für die bis zu 12.000 Fahrgäste täglich erwartet werden. CDU und Grüne haben jetzt einen gemeinsamen Antrag zur Umsetzung des Streckenbaus verabschiedet. Mit dieser nur ein Kilometer langen Streckenergänzung entsteht einerseits für die Anwohner eine schnelle und attraktive Verbindung zum Hauptbahnhof, andererseits wird über die Anbindung an Neu-Isenburg ein ÖPNV-Angebot für den Pendlerverkehr geschaffen. Dabei wird bei Inbetriebnahme der neuen Strecke die vorhandene Straßenbahnverbindung über die westliche Mörfelder Landstraße bis zum

Bahnhof Louisa, die heutige Straßenbahnlinie 14, erhalten bleiben.

Die Vorgaben des Nahverkehrsplans und das beschlossene Vorschlagsnetz des Gesamt-



Bild: Wels

Ausbau des ÖPNV hat Priorität: Die Stadtverordneten Helmut Heuser (CDU) und Stefan Majer (Grüne) bei der Pressekonferenz zur Ringlinie.

verkehrsplans werden somit eingehalten.

»Mit rund acht Millionen Euro ist der Lückenschluss ein eher kleines Projekt«, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Heuser, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der Koalitionsfraktionen. Die Wirkung jedoch sei groß. »Wir schaffen ein bequemes Angebot für den Öffentlichen Personennahverkehr und entlasten das Frankfurter Straßennetz vom Autoverkehr«. Die Platzverhältnisse in der Stresemannallee südlich der S-Bahn-Überführung sind so beschaffen, dass zusätzlich zur 7,5 Meter breiten Straßenbahntrasse der vorhandene Abenteuerspielplatz, wenn auch womöglich mit veränderter Lage innerhalb des etwa 30 Meter breiten Grünstreifens, und die weiteren Spielplätze erhalten bleiben können. (jr)



Große Jubiläumsfeier im Plenarsaal des Frankfurter Römers am 19. September 2006.

Zehn Jahre Präventionsrat in Frankfurt am Main

Koordinationsvertrag unterzeichnet / 90 Polizeihelfer ab 1. Januar 2007

Vor etwas mehr als zehn Jahren nahm in Frankfurt eine Erfolgsgeschichte ihren Anfang. Am 22. Juli 1996 wurde unter dem Vorsitz der Frankfurter Oberbürgermeisterin und des Polizeipräsidenten der Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main gegründet. Seit dieser Zeit hat der Präventionsrat nicht nur durch die international beachtete Kampagne »Gewalt – Sehen – Helfen« einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Zivilcourage gegen die »Unkultur des Wegschauens« geleistet, sondern auch durch den Aufbau eines übergreifenden Netzwerkes für eine optimale Koordination der behördlichen und gesellschaftlichen Träger von Sicherheit und Prävention gesorgt. Kriminalitätsbekämpfung ist in Frankfurt nicht nur nachgehende Ermittlung und Repression, sondern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen mit einer Vielzahl von handelnden Akteuren bis in die Stadtteile hinein.

Das sieht auch Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) so, von Beginn an engagierte Botschafterin in Sachen Prävention: »Gerade weil wir in den Großstädten von negativen gesellschaftlichen Veränderungen zuerst betroffen sind, brauchen wir kriminalpräventive Strukturen, die als Frühwarnsysteme fungieren und mit denen wir rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten können. Kriminalität soll erst gar nicht entstehen – wir wollen sie an den Wurzeln bekämpfen. Mit der Gründung des Präventionsrates vor zehn Jahren haben wir in Frankfurt auf diese Herausforderung rechtzeitig und vorbildhaft reagiert.«

Seit 1998 haben sich mittlerweile 14 lokale Präventionsräte (Regionalräte) in den Stadtteilen gegründet, in denen Vertreter aus Vereinen, Kirchengemeinden, Schulen und Kindertagesstätten, Gewerbevereinen, Parteien und andere gemein-

sam mit dem zuständigen Polizeirevier und Vertretern der Stadtverwaltung örtliche Sicherheitsprobleme analysieren und notwendige Maßnahmen einleiten.



»Wir wollen soziale Strukturen erhalten, die Identifikation mit dem Stadtteil fördern und durch zielgerichtete Projekte ein Umfeld schaffen, das Kriminalität nachhaltig entgegenwirkt«, so der Geschäftsführer des Präventionsrates, Frank Goldberg. Der rechts- und sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Walter Seubert, hebt die zahlreichen Aktionen wie Sicherheitsbegehungen, Stadteilmfragen, Bürgersprechstunden mit der Polizei, Müllsammelaktionen, lokale Sicherheitskonzeptionen, neue oder zusätzliche Freizeitangebote für Jugendliche und Informationsveranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen hervor.

Die Geschäftsstelle des Präventionsrates koordiniert die Präventionsaufgaben in Frankfurt und hält Kontakt zur Polizei. Sie konzipiert und managt Projekte, Kampagnen, Veranstaltungen und Workshops und ist zentrale Servicestelle für Frankfurts regionale Präventionsräte. Von zunehmender Bedeutung ist auch die nationale und internationale Zusammenarbeit mit anderen Städten, um frühzeitig die Ursachen für neue Kriminalitätsentwicklungen aufzudecken und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

»Durch die Arbeit des Präventionsrates hat sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Frankfurt deutlich gebessert«, sagte Sicherheitsdezernent Stadtrat Boris Rhein (CDU) und führt dies darauf zurück, dass »Sicherheitsprobleme nicht tabuisiert, sondern unter Einbindung des Sachverständes der Bürgerinnen und Bürger vor Ort angepackt und nicht wie vor zehn Jahren oftmals verdrängt werden«. (jr)



Funktioniert kinderleicht:
Die neue Notruf- und Info-
säule in den U-Bahn-Stationen
der VGF. Im Bild rechts:
Oberbürgermeisterin
Petra Roth.

Ordnung und Sicherheit auf der ganzen Linie

CDU-Fraktion informierte sich über das Projekt »Sicherheit & Service« der VGF

Zusammen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth hat sich die CDU-Fraktion über erste Ergebnisse des Projekts »Sicherheit & Service« sowie über Technik und Arbeitsweise in der VGF-Sicherheitszentrale informiert.

Immer wieder ein Thema ist die Furcht vieler Fahrgäste vor Kriminalität und Belästigung in den U-Bahn-Stationen. Pünktlich zum Beginn der Fußball-WM im Juni hat die VGF die

erste Baustufe des Projekts »Sicherheit & Service« abgeschlossen, das sich mit den Stationen »Hauptbahnhof«, »Hauptwache«, »Konstablerwache«, »Dom/Römer«, »Willy-Brandt-Platz«, »Schweizer Platz« und »Südbahnhof« auf sieben der insgesamt 27 unterirdischen Stationen des Unternehmens im Frankfurter Stadtgebiet erstreckt. Es wurden 55 moderne Notruf- und Informationssäulen sowie 142 zusätzliche Videokameras installiert. Kern des Projekts ist die Sicherheits- und Service-Zentrale (SuS-Zentrale), von wo

aus Mitarbeiter des Ordnungsdienstes der VGF seit Mai die Stationen überwachen. Sie helfen bei Notrufen über die Säulen und stehen in deutscher und englischer Sprache für Auskünfte und Informationen rund um den öffentlichen Nahverkehr in Frankfurt am Main zur Verfügung.

Die Zahl der Personen, die bei Fahrgästen Verunsicherungen erzeugen, ist nach Angaben der VGF deutlich zurückgegangen. So lässt sich beispielhaft an der Entwicklung der Drogenszene im Bereich der VGF zeigen, dass gerade die Videoüberwachung sehr erfolgreich ist. Die Anzahl der durch den VGF-Ordnungsdienst registrierten Drogenhändler ist seit Januar 2006 von 944 auf 123 im August gesunken, die der Drogenkonsumenten von 2.580 auf 1.077. »Die Videotechnik ist im Bereich der VGF ein Erfolgsmodell, denn es verringert Tatgelegenheiten und schafft ein Plus bei der Sicherheit«, sagte CDU-Fraktionschef Markus Frank. (jr)

Der Freiwillige Polizeidienst nimmt Gestalt an

Bewerbersauswahl läuft / Ein Fünftel mit Migrationshintergrund

Ab Beginn des Jahres 2007 wird in Frankfurt der mit Spannung erwartete Freiwillige Polizeidienst eingeführt. Gut zwei Monate nach der Unterzeichnung des Koordinationsvertrags ist die Bewerberauswahl bereits in vollem Gang.

Stadtrat Boris Rhein (CDU) ließ es sich deshalb nicht nehmen, bei den ersten Auswahlgesprächen zum Freiwilligen Polizeidienst im Frankfurter Polizeipräsidium persönlich dabei zu sein. Rhein dankte den Bewerbern für ihre Bereitschaft, auf ehrenamtlicher Basis ganz persönlich etwas für Frankfurts Sicherheit zu tun. Besonders froh zeigte sich auch über die Tatsache, dass gut ein Fünftel der bisherigen Bewerber



Stadtrat Boris Rhein (2.v.l.) informiert sich im Rahmen der ersten Veranstaltung der Bewerbungsgespräche für den Freiwilligen Polizeidienst im Frankfurter Polizeipräsidium.

ber für den Freiwilligen Polizeidienst Frankfurter Bürger mit Migrationshintergrund sind. »Gerade bei der zum Teil noch vorhandenen Schwelle zwischen diesem

Nähere Informationen:

Polizeipräsidium Frankfurt am Main, E 2
Adickesallee 70, 60322 Frankfurt am Main
Telefon (069) 755-32000 oder 755-32300

Stadt Frankfurt am Main, Ordnungsamt, 32.6
Mainzer Landstraße 323
60326 Frankfurt am Main
Telefon (069) 212-42407 oder 212-43981

Bewerbungsunterlagen können direkt an eine der beiden Dienststellen gesandt werden.

► www.polizei.hessen.de

► www.ordnungsamt.frankfurt.de

Personenkreis und der Polizei haben Menschen mit einem Migrationshintergrund hier die einmalige Chance, als Vertrauensperson für ihr Umfeld einen unschätzbaren Beitrag zur Integration zu leisten.« (jr)

Petra Roth und Jurij Luschkow, seit 1992 Verwaltungschef an der Moskva, beantworten Journalistenfragen.



Neue Grüße aus Moskau

Kooperationsvertrag mit Frankfurt am Main verlängert

Anlässlich der 9. Euro Finance Week in Frankfurt am Main präsentierte sich auch die russische Hauptstadt Moskau im Rahmen eines »Moscow Investment Day«. Bei dieser Gelegenheit erneuerte die Stadt Frankfurt am Main ihren Kooperationsvertrag mit der Millionenmetropole an der Moskva. Rund 200 Vertreter von russischen und deutschen Unternehmen waren in das Congress Centrum der Messe gekommen. Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), die zusammen mit ihrem Amtskollegen Jurij Michailowitsch Luschkow vor die Presse trat, kündigte noch engere Beziehungen zwischen beiden Städten an. Künftig sollen die Kontakte zwischen der Deutschen Börse in Frankfurt und der Moskauer Börse verbessert, Frankfurter Hilfe beim Ausbau des dritten Moskauer Flughafens Wnukowo geleistet und russische Unternehmen

für den Biotechnologiestandort am Niederurseler Hang geworben werden. Auch der Austausch von Verwaltungsmitarbeitern wird fortgesetzt und gegenseitige Gastspiele der städtischen Theater sollen die Partnerschaft kulturell abrunden. »Man kann in Moskau investieren!«, sagte Roth optimistisch. Die Städte Frankfurt am Main und Moskau sind seit dem 17. Mai 2001 offizielle Kooperationspartner. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt in der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Zahl der russischen Handelsvertretungen in Frankfurt ist seitdem von einem Dutzend auf gut 50 angestiegen. (jr)

Weitere Infos:

» www.frankfurt-business.de

Ein Toast auf die gelebte Partnerschaft

Birmingham und Frankfurt am Main – seit 40 Jahren ein Paar

Seit sechs Jahren gibt es im englischen Birmingham einen Frankfurter Weihnachtsmarkt, der mittlerweile der meist besuchte seiner Art in Großbritannien ist. Diesmal eröffnete die CDU-Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin den mit 75 verlockend nach Glühwein, Äpfeln oder Maronen duftenden Buden sehr großen »Frankfurt Christmas Market« auf dem schönen Victoria Square. Bei der anschließend in der »Banqueting Suite« des Rathauses gehaltenen Feierstunde zum 40-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft wurde die Frankfurter Delegation von Councillor Mike Sharpe, dem Lord Mayor von Birmingham, empfangen.

In ihrer Festrede blickte Prinzessin von Hannover auf die Geschichte der Städtepartnerschaft zurück: »Vor genau 40 Jahren begann eine Geschichte, die bis heute über mehrere Generationen zu dauerhaftem Erfolg geführt hat. Am 19. April 1966 setzten

die Oberbürgermeister beider Städte, gemeinsam mit ihrem Amtskollegen aus Lyon, ihre Unterschriften unter die Urkunde, die den Dreierbund dieser europäischen Metropolen schmiedete, aus dem vier Jahre später mit Mailand ein Viererbund und damit ein frühes europäisches Städte-Netzwerk werden sollte. Die damit besiegelte Allianz unserer Städte war zugleich Ausdruck des starken Willens der Menschen dieser Zeit, Gräben aus früheren Zeiten zu überbrücken. Jahr für Jahr lernen seit vier Jahrzehnten Generationen junger Menschen beim organisierten Familienaustausch die Sicht der Dinge aus der Perspektive der jeweils anderen Kultur kennen. Die Städtepartnerschaft lebt von dem großen Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger. Seien es die Lehrer, die neben ihrer anspruchsvollen täglichen Arbeit den Schüleraustausch organisieren, oder die engagierten und motivierten Menschen, die in Vereinen und Bürgergruppen Jahr für Jahr Begegnungen mit der Partnerstadt gestalten.« (jr)



Alexandra Prinzessin von Hannover (li.) mit Lord Mayor Mike Sharp und Gattin.

Die Stadtverordneten Patrick Schenk, Markus Frank und Olaf Cunitz mit Stadträtin Manuela Rottmann und dem Leiter des Grünflächenamtes, Stephan Heldmann (r.), beim Rundgang durch den Brentanopark.



Bild: Fella

Poesie unter Platanen

CDU und Grüne informierten sich über Sanierung des Brentanoparks

»Das Poetischste«, schreibt Maximiliane von Arnim, »war das malerische Petrihäuschen, in dem der Onkel wohnte und auch ganz allein schlief. Es lag unter einer Platane nahe beim Niddaweher, so dass man immer das sanfte Rauschen des Wasserfalls hörte«. Der genannte Onkel war Georg Brentano (1775–1851), der 1820 das Petrihaus von einem schlichten Fachwerkhaus in ein Schweizer Haus mit klassizistischen Stilelementen verwandelte und das prachtvoll rekonstruiert im Brentanopark zu bewundern ist, ein Ort mit Geschichte. Der literarische Kreis um Clemens Brentano, die Gebrüder-Grimm, Adele Schopenhauer

und Marianne Willemer pflegte sich damals in dem idyllischen Häuschen am Niddauer zu treffen. Der vier Hektar große Park, 1808 von der Kaufmannsfamilie Brentano gekauft und bis 1848 im Stil eines Landschaftsparks umgestaltet, ist seit 1926 im Besitz der Stadt Frankfurt und steht mit seinem reizvollen alten Baumbestand seit 1986 unter Denkmalschutz. Heute wirkt er etwas verwunschen, und so soll die Anlage jetzt nach gartenhistorischen Gesichtspunkten saniert werden. Ein gemeinsamer Ortstermin der CDU-Fraktion mit den Grünen im Römer und Umweltdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) diente zur nä-

heren Information. Vorstellbare Maßnahmen sind die Sanierung des kleinen klassizistischen Gebäudes am Parkeingang, die Instandsetzung der Mauern und Treppen im Schulgarten oder die Wiederherrichtung der überwucherten Gartentheateranlage. Zudem soll der Spielplatz vergrößert werden. CDU-Fraktionschef Markus Frank sieht das Vorhaben als Teil der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung. »Darin ist festgehalten, dass wir uns intensiv um die Grünanlagen kümmern werden.« (jr)

Weitere Infos:

» www.petri-haus.de

Zu Gast im MainÄppel-Haus auf dem Lohrberg

Auf dem höchsten Punkt des Grüngürtels

Ein Ortstermin mit Brisanz: Die CDU-Fraktion informierte sich im Streuobstzentrum auf dem Lohrberg über die geleistete Arbeit. Brisant deshalb, weil mit der Novelle des Hessischen Naturschutzgesetzes der allgemeine Schutz der Streuobstwiesen wegfallen sollte. Städte und Gemeinden hätten nach dem Gesetzentwurf aber weiterhin Streuobstwiesen als Naturdenkmäler unter Schutz stellen können. Das MainÄppel-Haus Lohrberg Streuobstzentrum e. V. hatte diesen wegfallenden hessenweiten Schutz kritisiert mit der Begründung, bei einer rein örtlichen Regelung

könnten die Behörden Verstößen weniger gut nachgehen und jeder Baumschutz müsste zukünftig auf dem Antragsweg einzeln begründet werden.

Zwischenzeitlich hat der Magistrat auf Antrag von CDU und Grünen angeregt und der Landtag bereits beschlossen, den bisher herausgehobenen Schutz der Streuobstwiesen aufgrund seiner Bedeutung für den südhessischen Raum auch weiterhin gesetzlich zu sichern.

Der Beratungsgarten Lohrberg für Obst- und Gemüseanbau, früher von der Stadt betrieben, gelegen auf dem höchsten Punkt des Grüngürtels, wurde 2005 vom MainÄppel-Verein übernommen. Der Verein leistet auf dem Lohrberg Umweltbildung für Kinder (2006 mit dem Bruno-H.-Schubert-Preis ausgezeichnet), unterhält einen Hofladen und berät vielfältig, etwa zum Thema Baumschnitt, Kräutergarten oder Bienenstöcke. (jr)



Süße Äpfel für die Gäste aus dem Römer: Der Stadtverordnete Günther Quirin, Christel Ebisch, Fraktionsvorsitzende der CDU im OBR 11, Stadtverordnete Hildegard Burkert und Fraktionschef Markus Frank (v.l.) im Gespräch mit dem Vereinsvorsitzenden Gerhard Weinrich.

»Geisterstadt«
mit Zukunft?
Das Kleine Ein-
kaufszentrum
in der Thomas-
Mann-Straße.



Es bewegt sich was in der Nordweststadt!

Zwei Jahre Quartiersmanagement im Projekt »Soziale Stadt«

Den alteingesessenen Bewohnern gefällt es nicht mehr in ihrem Stadtteil, sie gehen zum Teil mit einem Gefühl der Angst auf die Straße. Die neu Hinzugezogenen finden keinen Anschluss oder bleiben lieber unter sich und fühlen sich manchmal abgelehnt. Jugendliche suchen Treffpunkte im öffentlichen Raum, fordern sie auch lautstark ein und es kommt zu Konflikten. Von den jungen Familien, die sich in den 70ern über bezahlbaren, modernen Wohnraum gefreut haben, sind die meisten ausgezogen, die anderen sind alt geworden und kommen mit den neuen Bürgern aus den verschiedensten Kulturkreisen nicht immer zurecht. Kurz gesagt: Die Nachbarschaft funktioniert nicht mehr in der Nordweststadt.



**Christiane
Schubring**

Vorsitzende der
CDU-Fraktion im
Ortsbeirat 8

Aufgeschreckt von dieser Diagnose, von Meldungen über Straftaten verbunden mit einer Warnung des 14. Polizeireviers vor einem »Umkippen« des Stadtteils, aber ganz besonders von Anrufen vieler verunsicherter Bürger hat sich der Ortsbeirat 8 unter Federführung der CDU-Fraktion für die Aufnahme der Nordweststadt in das Projekt »Soziale Stadt – Neue Nachbarschaften« eingesetzt, dessen Zielsetzung es ist, den Bewohnern Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, nachbarschaftliche Netzwerke zu schaffen, aber auch das Wohnumfeld und die Infrastruktur zu verbessern.

Seit Anfang 2005 wird das Quartier um den Martin-Luther-King-Park nun von Annette Püntmann vom Diakonischen Werk betreut, ein halbes Jahr später kam ihr Kollege Conny von Schumann hinzu, der sich ausschließlich um die Probleme im Kleinen Einkaufszentrum in der Thomas-Mann-Straße kümmert; aus dem einstmalig quiriligen Mittelpunkt war eine kleine verwahrloste »Geisterstadt« geworden. Seit die beiden ihr Büro mitten im Nordwestzen-

trum bezogen haben, bewegt sich was in der Nordweststadt, und nach gründlicher Bestandsaufnahme wurden einige Projekte ins Rollen gebracht: Ein Mädchentreff in den Räumen des Kinderhauses Nordwest, eine äußerst gelungene Spielplatz-Neugestaltung in der Bernadottestraße in Zusammenarbeit mit der benachbarten KT und eine sehr erfolgreiche Hip-Hop-Veranstaltung mit mittlerweile deutschlandweit bekannten Rappern aus der Nordweststadt. Außerdem wurde ein Einkaufsservice für ältere Bürger eingerichtet.

Die vom Quartiermanagement angestrebte Aktivierung der Bevölkerung ist auch schon gelungen: Mitglieder des neu gegründeten Vereins »Brücke 71« – benannt nach der Nummer der Buslinie, die durch die Nordweststadt fährt – setzen sich mit großem Engagement für die Belebung des Kleinen Einkaufszentrums ein. Einen Wochenmarkt sowie von Jung und Alt gut besuchte »Public Viewing«-Veranstaltungen zur Fußball-Weltmeisterschaft haben sie zusammen mit dem Quartiermanager schon auf die Beine gestellt.

Hip-Hop-Musiker aus der Nordweststadt wie Jonesman, Yassir und die Bruderschaft sowie die Tanzgruppen Theater Nordwest und Brothers & Stylez haben beim »Nordi Jam«-Festival ihr Publikum begeistert. Einen Großteil der Kosten hat die Initiative »Soziale Stadt« übernommen.

Fest geplant für das nächste Jahr sind eine Ausbildungsplatzbörse in Zusammenarbeit mit dem Management des Nordwestzentrums sowie die Eröffnung eines internationalen Kinderladens im Kleinen Zentrum. Außerdem wollen die beiden Quartiermanager verstärkt die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen, denn sowohl der bauliche Zustand vieler Hochhäuser als auch das Zusammenleben der Mieter bedürfen dringend einer Verbesserung. In diesem Zusammenhang wird die CDU-Fraktion im Ortsbeirat weiterhin darauf dringen, in einigen Häusern wieder einen Hausmeisterdienst einzuführen, so dass rund um die Uhr ein Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung steht.



Zum Tode von Stadtrat Dr. Albrecht Magen (1929–2006)

Mit großer Betroffenheit haben der CDU-Kreisvorsitzende, Staatsminister Udo Corts, und der Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Markus Frank, auf den Tod von Stadtrat Dr. Albrecht Magen reagiert. Der beliebte und profilierte Kommunalpolitiker war am 3. Dezember 2006 im Alter von 77 Jahren verstorben.

Für den CDU-Kreisverband erklärte Corts: »Dr. Albrecht Magen war ein Ausnahmepolitiker. Er hat in dem sicherlich nicht immer leichten Feld der Integration glaubwürdig Brücken gebaut und er hat die Diskussion innerhalb der CDU zu diesem Thema über viele Jahre durch hohe Sachkompetenz, Überzeugungskraft und Beharrlichkeit bestimmt. Albrecht Magen war ein über die Parteigrenzen hinaus angesehener Politiker und ein gefragter Gesprächspartner auf allen politischen Ebenen. Vor allem aber war er Ansprechpartner und Mittler für die vielen Frankfurterinnen und Frankfurter mit Migrationshintergrund.

Albrecht Magen war liberal, weltoffen, gebildet und unabhängig, und er hat das Image der CDU als moderner Großstadtpartei nachhaltig mitgeprägt. Aus schlesischer Heimat stammend, war er schon früh zur CDU gestoßen, damals in Thüringen in der Sowjetischen Besatzungszone unter Jakob Kaiser. Nach seiner Flucht in den Westen 1948 ist er der Union während eines erfüllten Berufslebens als Jurist in verschiedenen bedeutenden Industrieunternehmen lange treu geblieben. Auch hat er Parteiämter übernommen, so als Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes in seinem einstigen Wohnort Buchschlag. Von 1972 bis 1976 gehörte Magen der dortigen Gemeindevertretung an und wurde nach der Gebietsreform 1977 Stadtverordneter in Dreieich. Von 1989 bis 1993 war er dann Stadtverordneter in Frankfurt am Main und seit 1993 ehrenamtlicher Stadtrat. Als Präsident der Steuben-Schurz-Gesellschaft von 1991 bis 1999 hat er an wichtiger Stelle geholfen, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu vertiefen. Seit 2000 war er als ehrenamtlicher Stadtrat auch Dezernent für Integration und damit Nachfolger

von Daniel Cohn-Bendit. Dass er als ein Mann der Wirtschaft und der Politik auch Kinderbücher schrieb, ist eine besonders sympathische Facette seiner Persönlichkeit.«

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank erinnerte an die politischen Erfolge des Stadtrates: »In seiner Zeit als Stadtverordneter hat Dr. Magen als einer der Ersten das Thema Integration in der Frankfurter CDU beharrlich und mit Erfolg vertreten. Wenn die Frankfurter CDU heute die Integrationspolitik als bedeutendes Feld der Kommunalpolitik versteht, so

ist das wesentlich das Verdienst von Dr. Magen. Er hat in den vergangenen Jahren durch seine ruhige, unaufgeregte, gleichwohl engagierte und kompetente Art und Weise die Ausländerpolitik in Frankfurt aus den politischen Schlagzeilen bringen können. Für ihn war Integration eine Arbeit des Alltags. Häufig hat er betont, dass Integration keine Einbahnstraße ist, sondern auch von der aufnehmenden Gesellschaft eine Hinwendung, eine Anstrengung erfordert. Er hat dies in seinem Amt und in seiner Tätigkeit exemplarisch vorgelebt. Nicht nur die CDU, sondern die Frankfurter Stadtgesellschaft ist durch seinen Tod ärmer geworden. Er bleibt uns in Erinnerung als ein liebenswerter Freund und Weggefährte. Wir gedenken seiner in tiefer Dankbarkeit und mit großer Hochachtung.«



Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren

Informationsveranstaltung zur Errichtung eines Innovationsbereiches im Stadtteil Höchst

Antrag NR 228 der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen im Römer

Der Magistrat wird beauftragt, unter Federführung des Wirtschaftsdezernenten im Stadtteil Höchst eine weitergehende – Informationsveranstaltung zu der geplanten Errichtung eines Innovationsbereiches durchzuführen.

Begründung: Mithilfe des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) will die Interessengemeinschaft für Handwerk und Handel Höchst e. V. (IHH) in Höchst einen Innovationsbereich errichten. Innovationsbereiche sind nach der Definition dieses Gesetzes Bereiche in Stadtzentren und Stadtteilzentren, in denen zur Stärkung der Innovation von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren in eigener Organisation und Finanzverantwortung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Einzelhandels- und Dienst-

leistungsbetrieben ergriffen werden können. Die räumlichen Grenzen und Ziele des Innovationsbereiches wurden durch die IHH formuliert.

Um der Sache Fortgang zu geben, muss nun in einer weiteren öffentlichen Informationsveranstaltung dem Informationsbedürfnis der betroffenen Anlieger Rechnung getragen und geklärt werden, ob ein ausreichendes Interesse der Anlieger an der Gründung eines solchen Innovationsbereiches besteht.

Ziel der Veranstaltung soll sein, dass die Eigentümer von mindestens 15 Prozent der im Innovationsbereich gelegenen Grundstücke, deren Grundstücke zugleich mindestens 15 Prozent der Gesamtgrundstücksfläche sein muss, der beabsichtigten Maßnahme zustimmen.



Bild: Hain

Verbesserungen für das Justizviertel an seinem derzeitigen Standort

Klares Bekenntnis von Schwarz-Grün

Antrag NR 181 der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen im Römer



Bild: dba

Verlagerung im Gespräch: Das Frankfurter Justizzentrum.

Der Magistrat wird beauftragt,

1. sich gegenüber dem Land Hessen für einen Verbleib des Justizviertels an seinem traditionsreichen Platz an der Ostzeil einzusetzen.
2. mit dem Land Hessen in Gespräche über mögliche Verbesserungen und Entwicklungspotenziale für die Justizbehörden an diesem Standort zu treten.
3. Planungen zu entwickeln, welche städtebaulichen Verbesserungen für dieses Areal denkbar sind und darüber mit dem Land Hessen in Gespräche zu treten. In diesem Zusammenhang ist eine Lösung für den alten Polizeigewahrsam zu finden.

Begründung: Die Justizbehörden haben an ihrem derzeitigen Standort eine herausragende Bedeutung für das Gebiet rund um die Ostzeil. Gleichzeitig sind keine überzeugenden Überlegungen für eine neue Nutzung an diesem Standort unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Substanz absehbar.

Martin Daum

Franz Frey ist ein unglaublich-würdiger Zöllner



Martin Daum

Stellvertretender Vorsitzender
 des Verkehrsausschusses

»Die historischen Warten an der alten Frankfurter Stadtgrenze sind uns lieb und teuer. Aber ihre Funktion als Zollhäuschen wollen wir nicht reaktivieren. Eine Straßengebühr für Berufspendler, wie sie jetzt der Vorsitzende der Frankfurter SPD ins Spiel bringt, lehnen wir als CDU-Fraktion kategorisch ab«, erklärte der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Martin Daum, zu dem Vorschlag des OB-Kandidaten Franz Frey, eine Pendler-Maut für Kraftfahrzeuge aus dem Frankfurter Umland einzuführen.

»Der Finanz-, Handels- und Dienstleistungsstandort Frankfurt am Main lebt von seinen offenen Verkehrswegen. Gerade der Wirtschaftsverkehr ist auf das Auto angewiesen und kann nicht ohne weiteres auf den ÖPNV ausweichen: Handwerker müssen morgens zu den Kunden, Vertriebsmitarbeiter müssen Produkte an den Mann bringen und Dienstleister bieten ihren Service auch außerhalb des Büros an. Umsatzeinbußen, Arbeitsplatzabbau und Unternehmensgründungen auf der grünen Wiese sind die Folgen. Am Ende freuen sich nur die Einkaufs- und Bürozentren vor der Stadtgrenze über den Vorschlag von Herrn Frey«, so Daum.

Im Hinblick auf das Verhältnis Stadt-Umland befürchtet der Stadtverordnete das Schlimmste. »In der Region Rhein-Main würde das Verhältnis Frankfurts zum Umland empfindlich gestört. Im Gegenzug wäre es nur verständlich, wenn der Hochtaunuskreis eine Taunus-Maut für Frankfurter Wochenendausflügler verlangen würde. Soll so die Zukunft der Region aussehen?«, fragte Daum.

Nach den Worten Daums will die CDU-Fraktion Auto-Pendler durch gute Angebote von anderen Verkehrsmitteln überzeugen, um den Autoverkehr in der Stadt und damit auch die Luftschadstoffe deutlich zu verringern. »Wir müssen durch ein entsprechendes ÖPNV-Angebot, auch in Verbindung mit Park & Ride an der Stadtgrenze, die Menschen zum Umsteigen auf den Nahverkehr überzeugen. So wollen wir zum Beispiel die nordmainische S-Bahn nach Hanau bauen und den P+R-Platz an der Stadtgrenze zu Neu-Isenburg erweitern, der dann in Verbindung mit der neuen Straßenbahnlinie durch die Stresemannallee den Pendlern Zeitvorteile bringen wird. Darüber hinaus kann mit moderner Verkehrslenkung durch Pfortnerampeln der Straßenverkehr in Frankfurt am Main flüssig gehalten werden«, sagte Daum.

»Im Gegensatz zu Herrn Frey gehen wir als CDU-Fraktion Verkehrspolitik pragmatisch an und bleiben bei unseren Aussagen. Frey ist auf der verzweifelten Suche nach Themen und zeigt sich abermals als Populist, der sich aus Opportunismus nicht um das kümmert, was er früher einmal gesagt hat. Vor zwei Jahren hat Frey jedenfalls eine City-Maut als »Unsinn«, »völlig abstrus« sowie als »Todesstoß« für die Innenstadt und die Zeil bezeichnet. Dies zeigt: Der Kandidat ist in diesem Moment einfach ein unglaublich-würdiger Zöllner.«

»Mit einer intelligenten Verkehrsinfrastruktur, einem ebenso qualitätvollen wie schnellen ÖPNV und einer ausgereiften Parkraumbewirtschaftung wollen wir den Autostrom verringern und nicht mit einer »Mautkeule« einen neuen Angriff auf das Portemonnaie der Bürger starten. Maut-Häuschen sind auf jeden Fall das falsche Instrument, um den Verkehrsfluss nach Frankfurt am Main zu steuern«, sagte Daum abschließend.



Bild: Hain



Aufgestellt für den »Social Day«: Mitarbeiterinnen aus dem Arbeitskreis Griesheim-Nord und Stadtverordnete der CDU, Fraktionschef Markus Frank (3.v.r.).

Mit Säge und Schaufel ans Werk

CDU-Fraktion beteiligt sich am »Social Day« der Malteser

Zum vierten Mal hat der Malteser Hilfsdienst e. V. am 6. Oktober 2006 einen Frankfurter »Social Day« organisiert. Rund 300 Mitarbeiter von Unternehmen wie der Deutschen Börse, Fraport, SEB oder Reuters wurden wieder für einen Tag »beurlaubt«, um in einer sozialen Einrichtung, meist Kindergärten, Kitas oder Jugendhäuser, Hilfe zu leisten. Die CDU-Fraktion hatte erneut die Gelegenheit, an diesem für das soziale Miteinander in der Stadt wichtigen und öffentlichkeitswirksamen Aktionstag mitzuwirken. Wie schon im letzten Jahr arbeiteten die Stadtverordneten mit dem Arbeitskreis Griesheim-Nord an der Umgestaltung der Grünanlage Linnegraben/Elsterstraße. Die Aufgabe bestand im Lichten und Zurückstutzen von Büschen und Grünpflanzen auf der gesamten Grünanlage, was die Stadtverordneten – »bewaffnet« mit Säge, Heckenschere und Schaufel – mit beeindruckender Leidenschaft in Angriff nahmen. Am Ende blieb für das Grünflächenamt nicht mehr viel Arbeit übrig. Die Grünanlage soll in der jetzigen 2. Umbauphase umgestaltet werden, um mehr Spielmöglichkeiten und ein besseres Umfeld für die Anwohner zu ermöglichen. (jr)

Mütter in Führungspositionen

Brauchen wir einen neuen Feminismus?

Erfolgreicher Start der neuen Gesprächsreihe »Frankfurter Horizontek«

Die erste Veranstaltung am 7. November 2006 war mit rund 100 Teilnehmern sehr gut besucht und im schönen Ambiente des Auditoriums der Commerzbank ein voller Erfolg.

Frauen engagieren sich heute selbstverständlich in Beruf, Familie, Gesellschaft und Ehrenamt. Der gesellschaftlich spürbare Erwartungsdruck, der auf jungen Frauen heute lastet, ist enorm. Ihre qualifizierte Berufstätigkeit ist genauso gefragt wie ihre Mutterrolle. Was aber kann die Politik leisten, damit berufliche Chancen und familiäres Glück Hand in Hand gehen? Dieser Frage widmete sich das hochkarätig besetzte Podium, moderiert von der ZDF-Journalistin Katrin Müller-Walde.

Für Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, müssten qualifizierte Mütter schon rein aus volkswirtschaftlichen Gründen als Arbeitskräfte erhalten bleiben. Dazu müsse es aber mehr Ganztagschulen und Betreuungsplätze geben. Die CDU-Stadtverordnete Daniela Birkenfeld erwähnte nicht ohne Stolz, dass in Frankfurt mehr als 20 Prozent der Kleinkinder in einer Kita betreut werden, im Vergleich der westdeutschen Länder eine überdurchschnittliche Zahl. Ulrich Sieber, Personalvorstand der Commerzbank AG, gab zu bedenken, dass Frauen manchmal zu »schüchtern« seien, um ihre beruflichen Zielvorstellungen zu äußern. Die ZEIT-Journalistin Corinna Emundts entgegnete,

dass die männlichen Kollegen allerdings auch besser geschult werden müssten, um die anderen Verhaltensweisen der Frauen zu verstehen. Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth appellierte in diesem Zusammenhang auch daran, dass die Männer das Recht hätten, auf eine Karriere zu verzichten, um mehr bei der Familie zu sein. Als geradezu vorbildlich fällt da die von Monika Rühl, Leiterin des Luft-hansa Changemanagements, präsentierte Bilanz ihres Unternehmens auf: 32 Prozent der Männer arbeiten dort Teilzeit und nur 24 Prozent der Frauen. (jr)



Spannende Diskussion (v.l.): Prof. Dr. Norbert Walter (Deutsche Bank), Monika Rühl (Lufthansa), OB Petra Roth, Katrin Müller-Walde (ZDF), Corinna Emundts (ZEIT) und Ulrich Sieber (Commerzbank).

Petra Roth antwortet

Sie sind eine erfolgreiche Oberbürgermeisterin, die auch voller Elan in den Wahlkampf geht. Träumten Sie als junge Frau davon, Stadtoberhaupt von Frankfurt zu werden? »Sicher nicht. Das Amt eines Oberbürgermeisters von Frankfurt am Main kann man nicht anstreben wie eine Tätigkeit in der Forschung oder im Marketing. Und als junge Frau war meine Lebensplanung noch eine andere; ich dachte damals an meinen Beruf und hatte auch Wünsche für eine Familiengründung. Mein politisches Engagement wurde durch mehrere Anstöße angeregt, dazu gehörten auch Missstände wie fehlende Kindergartenplätze oder Mängel bei Verkehrsüberwegen vor Schulen.«

Konnten Sie Beruf und Familie miteinander verbinden? »Ich habe mich gleichzeitig um meine Familie, also meinen Mann und meine beiden Söhne, gekümmert, wie ich mich mehr und mehr politisch eingebracht habe. Je älter meine Söhne wurden, umso mehr konnte ich politische Ämter übernehmen. Mein Mann hat mich dabei jederzeit unterstützt.«

Was bedeuten für Sie Ihre Kinder? »Ich bin überaus dankbar, dass ich zwei Kinder bekommen habe. Meine beiden Söhne sind eine so große Bereicherung in meinem Leben, dass ich die Feststellung, Kinder seien ein Geschenk Gottes, nur unterschreiben kann. Ich möchte deshalb Ehepaare ermuntern, ihr Leben für Kinder zu öffnen.«

Ihr musikalisches Lieblingsstück? »Mozarts Klarinettenquintett KV 581 in A-Dur!«

Wie verdienen Sie Ihr erstes Geld? »Ich habe Tannenbäume ausgetragen.«

Welche Hoffnungen verbinden Sie mit dem Weihnachtsfest? »Zum Weihnachtsfest wünsche ich mir Frieden, mehr Verständnis der Menschen für ihre Mitmenschen und die Bereitschaft bei uns allen in Deutschland, die notwendigen Reformen gerecht und mit Augenmaß anzugehen.«

Werden Sie einen Weihnachtsgottesdienst besuchen? »Sicherlich. Und es gehört zur Frankfurter Weihnacht auch unser Großes Stadtgeläut.«

Haben Sie einen Vers in der Bibel, den Sie besonders schätzen? »Ja, der 5. Vers im 15. Kapitel des Johannesevangeliums: »Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und in wem ich bleibe, der bringt reiche Frucht; denn getrennt von mir könnt ihr nichts vollbringen.« Die Nähe zu diesem Vers ist dabei sehr persönlicher Art. Ich sehe noch heute den Pastor vor mir, wie er mir diesen Vers als meinen Konfirmationsspruch übergibt. Mit diesem Wort gibt Jesus Christus unserem Leben einen tragenden Rahmen. Die Verbindung zu ihm ist eine Basis für mein Leben, die ich nicht missen möchte.«

Gibt es eine Lieblingsspeise? »Es ist bekannt, wie gerne ich eine Wurst esse; ich schätze ebenso Grüne Soße mit hartgekochten Eiern oder eine deftige Erbsensuppe.«



Oberbürgermeisterin Petra Roth beim Überreichen des Goethepreises der Stadt Frankfurt am Main an den israelischen Schriftsteller und Friedensaktivisten Amos Oz.



**Für alle, denen Frankfurt
am Herzen liegt:
Altstadtbebauung!**



CDU